

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postkontonr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Verteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Antwort Lloyd Georges an Dr. Simons.

In einer Rede, die Lloyd George in Birmingham am vergangenen Sonnabend gehalten hat, hat er auf die Rede Simons geantwortet. Aus den vorliegenden Berichten geht hervor, daß er die Monita als berechtigt anerkennt, die Simons gegen die Note der Alliierten erhoben hat, sie führe nicht an, was Deutschland bereits geleistet habe, denn er gibt z. B. die Zahlen über die Waffen und Munition an. Deutschland habe bereits ausgeliefert 31 000 Geschütze, 33 Millionen Granaten, 70 000 Maschinengewehre, 3 Millionen Gewehre, 411 Millionen Patronen. Deutschland habe aber noch immer zu viel Kriegsmaterial und Munitionsherstellungsmaschinen und zu viel ausgebildete Mannschaften. Lloyd George behandelte hierauf die schwierige Frage, Deutschland die Reparation zahlen zu lassen, ohne daß dabei dem Empfänger Schaden zugefügt werde, z. B. durch billige Waren, was Arbeitslosigkeit zur Folge haben müßte, und die Frage der Wechselkurse. Lloyd George sagte, die Deutschland vorige Woche überreichte Rechnung sei auf die Erwägung der Schwierigkeiten, mit denen Deutschland zu kämpfen habe, gegründet. Die Rechnung sei aufgestellt worden im Verhältnis zu Deutschlands Wohlfahrt, da Deutschland angesichts seiner augenblicklichen Lage zuerst nur ein Minimum bezahlen könne. Lloyd George sagte, Deutschland könne die gesamte Rechnung haben, die fertig vorliege, er rate jedoch zur Annahme der bereits vorgelegten Rechnung. Deutschland möge sich nicht durch augenblickliche Leidenschaften dazu verleiten lassen, die Torheiten von 1914 zu wiederholen. Deutschland sei noch nicht so befeuert, wie Frankreich und Großbritannien. Die Forderungen der Alliierten seien gerecht und müßten durchgesetzt werden. Wenn alternative Vorschläge unterbreitet werden würden, so würden sie ernstlich in Betracht gezogen werden. Aber der bloße Versuch, einer Zahlung zu entgehen, könne nicht gebuldet werden. Nichts könne die Alliierten dazu verleiten eine strenge Aktion zu unternehmen, als das Gefühl, daß sie dem Deutschland von 1914 gegenüberstünden.

Dr. Simons habe gesagt, er habe andre Vorschläge zu machen. Das sei recht; wenn seine Vorschläge recht und billig seien, so würden die Alliierten davon Kenntnis nehmen. Wenn sie aber nur ein Manöver seien, um der Reparationspflicht zu entgehen, dann müßten die Alliierten handeln. Simons habe während der Konferenz in Spa den Eindruck eines gerechten und verständigen Mannes gemacht, aber wer vertrete das heutige Deutschland? Sei es der Minister für auswärtige Angelegenheiten, oder seien es die Männer von 1914? Man werde niemals gestatten, daß die Klasse, die den Krieg provoziert habe, den Mächten Trost biete. — Die letzten Erklärungen des Premierministers sollen nach der Meldung des Temps fürmischen Beifall gefunden haben.

Die Alliierten wollten keine strengen Maßnahmen gegen Deutschland ergreifen, es sei denn, daß sie sich noch dem Deutschland von ehemals gegenüber befänden, das sich bemühe, sich den Folgen des Vertrags, den es unterzeichnet habe, zu entziehen, danienschlössen sei, heute mit den Verträgen daselbe zu tun, was es mit den früheren Verträgen getan habe, die es wie Fehden Papier zerrissen habe. Die Alliierten arbeiten an einer gemeinsamen Sache der Gerechtigkeit und sie würden beweisen, daß sie zu diesem Zweck mehr denn je geeinigt seien.

Die französische Presse ist mit der Rede Lloyd Georges im großen und ganzen einverstanden; so sagt der Temps vom 5. Februar:

„Der englische Premierminister hat sich folgende Verhaltensmaßregeln gesetzt: Die deutschen Gegenvorschläge können von der Londoner Konferenz geprüft werden, wenn sie den Gläubigern Deutschlands mindestens die gleichen Vorteile sichern als die, die das Abkommen vom 29. Januar festsetzt.“

Das Journal des Débats schreibt, bis zur Londoner Konferenz müsse die französische Regierung unter Bezugnahme auf die Argumente, die der englische Ministerpräsident gestern in Birmingham ausgesprochen habe, sich entweder ein Vorzugsrecht auf die Exporttage oder die Mobilisierung eines Teils der deutschen Jahreszahlungen sicherstellen, damit Frankreich den schweren Ausgaben Genüge leisten könne, die es zu erdulden drohen.“

### Die Einladung zur Konferenz.

Berlin, 5. Februar. Der französische Vorkonferenzen hat gestern im Auftrag des Präsidenten der Pariser Konferenz anlässlich eines Besuchs beim Reichsminister des Auswärtigen mündlich die Einladung übermittelt, zum 1. März deutsche Delegierte nach London zu entsenden. Der Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten.

### Ministerkonferenz in Berlin.

Ueber eine Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten, die am Sonnabend in Berlin abgehalten wurde, wird folgender amtlicher Bericht veröffentlicht:

„Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett

über die durch die Note vom 29. v. M. geschaffene politische Lage statt. Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Uebersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententesforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesende erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie sich diese aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen vom 1. dieses ergibt.“

So ganz harmonisch, wie es der amtliche Bericht darstellt, ist es aber weder bei den Verhandlungen zugegangen, noch ist es auch das Ergebnis, wenn die Meldungen zutreffen, die bürgerliche Blätter über die Sitzung bringen. Der bayerische Ministerpräsident Kahr soll heftigen Widerstand gegen die Erfüllung einzelner Forderungen geleistet haben, so besonders gegen die Auflösung der Selbstschutzhorganisations, was nach der Stellung der bayerischen Regierung zu dieser Frage selbstverständlich ist. Simons hat in seiner Rede vom 1. Februar für die Regelung ausdrücklich erklärt, die Forderungen über die weitere Entwaffnung und die Auflösung der Selbstschutzhorganisations sollen lokal erfüllt werden. Das besagt, daß bis zum Juni d. J. auch die Orgesch, die Einwohnerwehr usw. in Bayern verschwinden sein müssen. Ist dies aber der Fall, dann ist es auch mit dem Herz der Kontroverrevolution und Reaktion in Bayern vorüber.

In dem Bericht des Leipziger Tageblattes heißt es: „Sollte Herr v. Kahr auf seinem völlig intransigenten Standpunkt verharrten, so ist kaum daran zu zweifeln, daß ihm die übrigen Süddeutschen, vor allem Baden und Württemberg, entgegen treten werden und Bayern somit isoliert wird, wodurch die Frage eines Wechsels der bayerischen Regierung in ein neues Stadium treten würde.“

### Ein Aufruf Briands.

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie aus Paris vom 6. Februar gemeldet wird, richtete Briand heute vormittag an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung Frankreichs in der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht vergeßlich an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einheit aller Nationen, die auf den Kampfsebenen für den Sieg der Freiheit gekämpft hätten, sei unerlässlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, denen man jetzt gegenübergestellt sei. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Verlauf von Jahrhunderten bewährt habe. Die beiden Regierungen würden sicher von der öffentlichen Meinung der beiden Länder unterstützt.

### Die Stellung der Gewerkschaftsvertreter zu den Pariser Beschlüssen.

Berlin, 5. Februar. (M. B.) Die Reichsregierung des Neuen nahm heute Gelegenheit, sich im Herrenhaus mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Es ergab sich dabei vollkommene Uebereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.

### Erneute Verteuerung des Güterverkehrs.

M. B. Berlin, 7. Februar. Die künftige Tarifkommission des Reichsverkehrsministeriums hat, wie die Montagpost hört, eine Vorlage beschließen, die eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent vorseht. Für Rohstoffe und Massengüter wird eine Erhöhung von 60 Prozent, für Stückgüter und Fertigfabrikate um 90 Prozent vorgeschlagen. Man rechnet mit einer Mehreinnahme von 9 Milliarden nach diesen Tarifjagen.

Das ist die Methode, mit der die „Regierung des Wiederaufbaues“ die Gesundung der Volkswirtschaft herbeiführen will!

### Konflikt zwischen Senat und Volksrat in Danzig.

Danzig, 6. Februar. Infolge der tätlichen Angriffe, die kommunistische Abgeordnete in der letzten Sitzung des Danziger Volksrats gegen den Senator Schimmer unternahmen, hat die Regierung einstimmig beschlossen, nicht eher Vertreter in die Plenarsitzung des Volksrats zu entsenden, als genügende Vorkehrungen getroffen sind, um die Mitglieder der Regierung gegen Bedrohungen von Leib und Leben zu schützen. Die in der letzten Vollversammlung des Parlaments erfolgten Angriffe geschahen aus Anlaß der Verhaftung des deutschen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wegmann, der sich zu Propagandazwecken in Danzig aufhielt. Wegmann wurde heute aus dem Gebiet des Freistaats ausgewiesen.

### Flickarbeit.

Der Reichstag ist nach einer nur zweiwöchigen Tagung in die Wahlen gegangen. Es darf ihm die Anerkennung nicht verweigert werden, daß er in dieser kurzen Zeit ein gutes Stück Arbeit geleistet hat — der Quantität nach. Aber der Quantität nach ist es Flickarbeit schlechtester Sorte, wenn nicht noch ärgerer. Es lohnt sich diesmal wirklich ein kurzer Rückblick auf die Ergebnisse dieser Tagung. Nicht etwa, als ob sie besonders wertvoll und erwähnenswert wären, sondern weil sie geradezu ein Musterbeispiel dafür sind, wie halb und schwächlich und unzulänglich diese Volksvertretung arbeitet, die Vertretung eines Volkes, dessen herrschende Klassen sich ihres sicheren Unterganges und der aufsteigenden Neuordnung der Gesellschaft mit der brutalen Macht der Verweigerung wehren und doch hilflos und ohnmächtig sind, dem Uebermaß von Geld, das sie selbst heraufbeschworen, zu wehren. Wie rücksichtslos und brutal die bürgerliche Parlamentsmehrheit auf inner- und außerpolitischem Gebiete gegenüber dem Proletariat den nackten und unverhüllten Herrenstandpunkt heraufstreckt, so kümperhaft und kläglich sind ihre Versuche, auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete gegen das immer drohender aufsteigende Gespenst des Glucks anzukämpfen. Dieser Widerspruch zwischen dem Bramarbasieren mit einer Kraft, die immerzu auf das Schwerste pochen muß, weil sie nur das Argument der Gewalt, nicht das innerer Stärke für sich hat, und der eingestandenen Ohnmacht den wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit gegenüber, dieser Widerspruch, an dem die heute noch herrschende Klasse und Kultur krank und zugrunde geht, verleiht auch dieser Parlamentstagung einen mehr tragischen als komischen Zug.

Den würdigen Auftakt bildete die Besprechung der Interpellation unserer Fraktion über den Belagerungszustand in Bayern. Bayern ist ja bekanntlich der stärkste Exponent und die mächtigste Stütze des heute herrschenden Regimes, der Sort, in dessen Schutz sich die Reichsregierung und alle bürgerlichen Parteien, so demokratisch sie sich auch sonst gebärden möchten, flüchten. Die offene Gewalttätigkeit, die dort mit Hilfe des Belagerungszustands vom ungekrönten König Escherich, dem Symbol der Dreieinigkeit von Reichswehr, Orgesch und Einwohnerwehr, ausgeübt wird, wurde von der Reichsregierung im Einverständnis mit den bürgerlichen Parteien gebilligt und unser Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes gegen die Stimmen bloß der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Dieselbe Stellung nahm die Parlamentsmehrheit bei der Besprechung des Justiz- und Reichswehretats ein. Hier wie da wurde ebenso wie bei der Bayerndebatte von den Rednern der drei sozialistischen Fraktionen, die sich darin nur in der Schärfe der Tonart unterschieden, an einer erdrückenden Fülle von Beispielen gezeigt, wie empörend einseitig der ganze militärische und juristische Machtapparat des Staates im Dienste der Bourgeoisie und der junkerlichen Reaktion gegen das Proletariat, zur Unterdrückung aller seiner Regungen und Bewegungen, gehandhabt wird. Offen kann die Reaktion, gestützt von den Säulen der Gesellschaft, dem Heere und der Bürokratie, den, wie sie hofft, letzten, vernichtenden Schlag gegen das Proletariat vorbereiten, ihre vorbereitenden Mordanschläge bleiben ungeführt, ihre bewaffneten Organisationen finden eine breite Rückenbedeckung am Heere, dessen monarchistisches Offizierskorps mit der offenen oder stillschweigenden Duldung des „zivilen“ Reichswehrministers, des „republikanischen“ Demokraten Gehler, alle republikanischen Elemente erbarmungslos ausmerzt. Es ist überflüssig zu bemerken, daß alle unsre Geißelstöße gegen das stöckreaktionäre Treiben der Justiz- und Militärbehörden an der stumpfen kompakten Majorität dieser „Volksvertretung“ wirkungslos abprallen und unsre Anträge, die diesen Zuständen abzuhelfen suchten, abgelehnt wurden.

Auch bei der Interpellation unserer Fraktion über die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland entfaltete sich daselbe Bild. Obwohl der Bourgeoisie das Wasser schon bis zum Hals steht, obwohl infolge der wachsenden Verelendung der arbeitenden Massen und der Rückwirkung der Weltwirtschaftskrise auf unsere Wirtschaft die Absatzförderung wächst und mit ihr das Bedürfnis, den Absatz durch die Verbindung mit dem aufnahmefähigen Markt Rußlands zu beleben, bringt die Bourgeoisie doch den Heroismus auf, dem klügelischen Verlangen des gesamten, in dieser Frage einigen Proletariats zum Trotz die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland abzulehnen unter dem fadenscheinigen Vorwande diplomatischer Verschulungen der Sowjetregierung, in Wirklichkeit, weil die Deutschland beherrschende Clique in ihrer Außenpolitik noch genau denselben harten Schädel und dieselben kurzfristigen Augen hat wie in den seligen Zeiten der Monarchie. Es ist die Politik der tönenden Worte, denen unselbbar die Rückzüge und Niederlagen folgen, aber es spielt auch mit eine Angst vor den Strahlen des Sternes im Ofen, von denen die Bourgeoisie ebenso hypnotisiert ist wie ihr Gegenpol auf der tiefsten Seite des Hauses.

Politisch stumpf und reaktionär. In dieses Parlament hat sich auch nicht fähig und willens, ernsthaft am Aufbau der Kräfte mitzuarbeiten, die heute schon, wenngleich erst feinkörnig entwickelt, am Werke sind, eine neue, höhere Organisation des Wirtschaftswirtschafts- und Gesellschaftskörpers zu schaffen. Hat schon das vorige Parlament seine Unfähigkeit dazu in jenem unerbittlich blamablen Betriebsrätegesetz dokumentiert, so ist sein würdiger Nachfolger einen Schritt weiter zum halben Iste, zu dem er auf halbem Wege zögernd strebt, gegangen, indem er in Ausführung des Betriebsrätegesetzes ein Gesetz über die Betriebskassen und die Beteiligung von Gewinnen und Verlustrechnungen schuf, das den Betriebsräten alle Möglichkeiten und Voraussetzungen vorenthält, auf dem Wege der Kontrolle der Produktion den Weg zu neuen Wirtschaftsformen bahnen zu helfen. Die schwächliche Halbheit, die mit der einen Hand nimmt, was sie mit der andern gibt, so charakteristisch für die Periode des Absterbens einer alten Wirtschaftsordnung und des Ueberganges zu einer neuen, zeigt sich in jeder einzelnen Bestimmung dieses Gesetzes. Es wird den Betriebsräten ein Einblick in die Betriebsvorgänge gegeben, er wird ihnen aber wieder genommen durch die Bestimmungen über das nicht im Betriebe arbeitende Privatvermögen und über die Unterlagen der Bilanz, die nicht vorzulegen, sondern auf Grund derer die Bilanz nur zu „erläutern“ ist.

Ein Parlament, das am alten ungeistigen Geist, in dem die deutsche Politik vor der Revolution gefehlt wurde, so stark und äche festhält und dem neuen Geiste, der sich trotz ihm immer mehr und mehr Bahn bricht, so verständnislos gegenübersteht, ja ihn, wo es dies vermag, mit Gewalt zu unterdrücken versucht, ist heute nicht mehr imstande, die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit, die mit elementarer Gewalt nach einer Lösung auf einer neuen Grundlage der Wirtschaftsordnung verlangen, zu lösen. Halbheit und Schwächlichkeit ist auch hier das hervorragende Merkmal der in dieser Tagung geleisteten „Arbeit“.

Der Reichstag genehmigte einen Haushaltsplan, durch den das Defizit des Staatshaushaltes von 67 auf 79 Milliarden Mark gesteigert wurde, von dem aber den größten Teil offene oder versteckte Liebesgaben an die „notleidenden“ Agrarier ausmachten und während das Reichstagsplenum den Landwirten Milliarden und aber Milliarden zu Füßen legte, wurden in den Kommissionen Reichstagsüber die Deckung dieser Liebesgaben gefast, deren Ergebnis eine weitere Entlastung des Besitzes, insbesondere des agrarischen (Bemessung des Ertragswertes des Grund und Bodens mit nach den Ergebnissen der Vorkriegsjahre), und eine weitere Belastung des Proletariats durch indirekte Steuern ist.

Eben dieselben die breiten Massen durch Erhöhung oder Neueinführung indirekter Steuern belastenden Wirkungen werden die Gesetze haben, in denen einigen notleidenden Schichten der Bevölkerung ein paar kärgliche Brocken hingeworfen werden. So wurden den Beamten Steuererleichterungen gewährt, die sie sich aber erst durch Streikdrohung erkämpfen mußten und deren Höhe weit unter der geforderten und erforderlichen zurückbleibt. Die Deckung der dazu erforderlichen Mehrausgaben aber soll durch verärfertste indirekte Besteuerung der Bevölkerung heringebracht werden. So wurden den Ärmsten der Armen, den Kriegsbeschädigten, Steuererleichterungen und einige Steuererleichterungen gewährt, aber die weitergehenden Anträge unserer Fraktion, die neben einer ausgleichenden finanziellen Beihilfe eine Neuordnung der Hilfsaktion verlangten, als zu weitgehend abgelehnt. Denn dieses Parlament der Halbheiten hütet sich ängstlich davor, ganze Arbeit zu leisten.

Das zeigte sich schließlich auch in einem der letzten Gesetze, das in aller Schnelligkeit fertiggeklammert wurde, dem Gesetz über die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues. Wie dringend notwendig angesichts der ungeheuren Wohnungsnot in allen Teilen des Reiches und des Bankrottes der kapitalistischen Wirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsbaues eine mehr als vorläufige Förderung des Wohnungsbaues ist, bedarf wohl keiner Worte. Aber dazu ist natürlich unser Parlament unfähig. Einzig ist es sich nur darin, daß diese Förderung wieder auf Kosten der arbeitenden Massen, denen eine drückende Wohnungssteuer auferlegt werden soll, vorzunehmen ist, aber selbst über die Form der Steuer konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden, geschweige denn, daß das Parlament sich auch nur zu einem Gedanken über einen gemeinwirtschaftlichen Aufbau der Organisation des Wohnungsbaues aufgeschwungen hätte.

Wohin wir also blicken, Fikararbeit, halbe Arbeit überall, ganze Arbeit aber dort, wo es dem Proletariat eins auszuweisen gilt. Das ist das Bild der vielgeprüften bürgerlichen Demokratie, die sich in diesem Parlament eine würdige Vertretung geschaffen hat.

## Bestechung und Steuerhinterziehung für Kaiser und Reich.

### Die Korruptionsaffäre von den Kerkhoff.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth gab in der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags über die Machenschaften des deutschnationalen Abgeordneten von den Kerkhoff, über die wir schon berichteten, eine Erklärung ab, die ein helles Schlaglicht auf die betrügerischen Praktiken der Kapitalistenklasse — unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit —, aber auch auf die „Zuverlässigkeit“ der monarchistisch verfeindeten Bureaucratie wirft.

Zunächst verlor Dr. Wirth die „Ehrenklärung“ des Finanzamtes Hohwinkel, in der dem Abg. von den Kerkhoff bestätigt wird, daß er freiwillig alles ihm zur Verfügung stehende Material dem Finanzamt gegeben hätte und daß dem Finanzamt selbst die gegen von den Kerkhoff erhobenen Anschuldigungen nicht als stichhaltig erschienen, und fuhr dann fort: Mir erscheint das Vorgehen des Finanzamtes Hohwinkel zumindest als vorzuziehend. Es war keinesfalls dazu berufen, eine solche unbedingte Erklärung abzugeben, ohne daß die Sache in ihrem ganzen Umfang und im ganzen Fragenkomplex genügend klargestellt und untersucht worden ist. Gegen den Abg. von den Kerkhoff schwebt nämlich noch ein zweites Verfahren wegen Beihilfe der Steuerhinterziehung, wobei die bisherigen Ermittlungen Belastendes nicht ergeben haben. Gewisse Unstimmigkeiten sind in der Sache darin zu finden, daß einmal die Nachprüfung der Steuerakten wiederholt festgestellt, daß Akten auf unbegreifliche Weise abhand genommen sind, deren Durchsicht sicherlich die Prüfung der Steuerangelegenheit des Abg. von den Kerkhoff erleichtert hätte. In dem Bericht wird erwähnt, daß ein damaliger Steuersekretär, von dem von den Kerkhoff behauptet, er habe ihm zur Aufklärung der Sachlage wichtige Geheimbücher und Steuererklärungen gegeben, die dann verschwunden seien, sich dieser Tatsache nicht mehr erinnern kann. Weitere Schwierigkeiten der

Untersuchung liegen darin, daß der Abg. von den Kerkhoff sich weigert, eine Reihe von Auskünften, die zur Erhellung der Tatsache unbedingt notwendig seien, zu geben. Im Bericht des Landesfinanzamtes Düßeldorf wird bemerkt, daß der Abg. von den Kerkhoff will angeblich Gelder gemacht haben mit Herren, deren Namen er nicht nennen wolle, zu denen er aber das Geld hergegeben habe. Diese Gelder sollen angeblich stets verlustbringend gewesen sein. Eine Aufklärung der Verluste konnte jedoch nicht erfolgen, da Kerkhoff alle Angaben von Namen verweigert.

Dr. Wirth kam dann nochmals auf die eigenmächtige Entfernung der Akten zu sprechen und wußte noch von folgenden Stellen zu erzählen: In seiner Eigenschaft als Direktor der Aktiengesellschaft „Arone“ ließ von den Kerkhoff in seinen Geheimbüchern, von denen auch ein Teil verschwunden ist, Posten vermerken, die nach der Angabe v. d. R. sogenannte Vermögensdarstellungen, die er im Interesse seiner Aktiengesellschaft hat zahlen müssen, um Aufträge zu bekommen. (Lebhaftes Zurufe: Schmeißerger!) Derartige Posten oder Bestehungsgegenstände findet man an diesen Stellen. Die Nennung der Empfänger wird regelmäßig verweigert. Somet der Bericht. Der Hauptauschuss wird es hier nach dem Minister nicht verargen können, wenn er sich auferstande stellt, die von dem Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) geforderte Ehrenklärung für den Abg. von den Kerkhoff abzugeben. (Sehr richtig!) Im Gegenteil hält es der Reichsfinanzminister für seine Pflicht, im Einvernehmen mit dem preussischen Finanzminister und mit dem preussischen Justizminister eine Nachprüfung dieser Ausgabeposten des Abg. von den Kerkhoff durch die Staatsanwaltschaft noch vorzunehmen zu lassen.

Auf diese vernichtenden Enthüllungen des Finanzministers vermochte Erberger-Löcher Hefferich, der sich so gern als Todfeind der Korruption aufspielt, nur mit einem kläglichen Verlegenheitsgestammel zu antworten. Er mußte zugeben, daß das Urteil des Landesfinanzamtes Düßeldorf sich nicht in allen Punkten mit der Ehrenklärung des Finanzamtes Hohwinkel deckt, daß ein formeller Verstoß seitens des Herrn v. d. R. vorliege, daß die Deckung des amtlich veriegelten Geldbetrags zu mündelns sehr unklar und sehr unvorsichtig war, führte aber zur Entschuldigung den „guten Glauben“ v. d. R. an: Bei der Umorganisation der Finanzämter können die betreffenden Akten sehr leicht abhand genommen oder verlegt worden sein. (Gelächter und Zurufe: Es fehlen aber ganz bestimmte Akten in drei Fällen und die Geheimbücher!) — Ich habe schon während des Krieges die Zunahme der Korruption leider beobachten müssen. (Zurufe: Mit einem Male!) — Ha! Also schon früher, nicht erst während der Revolution! Der Abg. v. d. R. hat wenigstens ein Recht, nicht ungehört verurteilt zu werden. Zur Ehre der Industriellen muß ich erklären, daß es unter ihnen viele Leute gibt, die unter Zurückstellung des eigenen Vorteils die Methoden der Korruption verabreichen. (Lachen.)

Die Vertreter aller anderen Parteien waren in der Beurteilung dieser schmutzigen Korruptionsaffäre einig, nur Dr. Meier von der Deutschen Volkspartei schloß sich zu, ein Wort für den alldeutschen Helden einzulegen. Verwandte Seelen!

In einer Erklärung der deutschnationalen Volkspartei zu dem Fall Kerkhoff heißt es, von den Kerkhoff habe der Fraktion sein Mandat zur Verfügung gestellt; sie wolle aber von diesem Angebot keinen Gebrauch machen. Sie würde, falls das Verfahren wegen Steuerhinterziehung zu einem Antrage des Staatsanwalts an den Reichstag führen sollte, die Ausübung der Immunität beantragen. Der Abgeordnete von den Kerkhoff habe die Einleitung eines Verfahrens gegen sich selbst beantragt.

## Deutschnationale Verbrecher.

Die Deutschnationalen, die Hauptschuldigen an dem Zusammenbruch Deutschlands und dem jetzigen Elend des deutschen Volkes, benutzen die Beihilfe der Pariser Konferenz wieder zu einer wüsten nationalistischen Hege. Sie wiederholten daselbst freudigste Spiel, das sie im Sommer 1918 getrieben haben, als sie Deutschland in einen neuen Krieg stürzen wollten. Sie arbeiten darauf hin, eine neue Katastrophe über Deutschland heraufzubewahren; denn zu keinem andern Ergebnis könnte die wahnsinnige Politik führen, die von deutschnationalen Wortführern in der jetzigen außerordentlich kritischen Situation empfohlen wird. Man höre nur ihre Parolen. In einer Wählerversammlung lagte der ehemalige preussische Minister Herz:

„Wir müssen uns der Entente gegenüber verhalten, als ob wir es mit Wahnsinnigen zu tun hätten. Diese Versuche von Hypokrisen dürfen überhaupt nicht Gegenstand von Verhandlungen werden. Nicht hinüber nach London oder Brüssel muß unsere Parole sein; wir wollen sehen, ob sie es wagen, ihre Forderungen mit Gewalt durchzuführen! Zu einer solchen Haltung brauchen wir aber eine starke Regierung. Wird unsere Regierung endlich die Parole ausgeben: „Vorwärts für Deutschlands Recht?“

Noch offener enthüllt die Deutsche Zeitung die Absichten der Deutschnationalen, indem sie die Parole ausgibt: „Nein, nein und abermals nein!“, und dann schreibt:

„Was die Folgen dieses Neins sein werden, ist uns ganz gleichgültig. Mögen die Feinde Deutschlands bis Königsberg ziehen, mögen sie uns das Bett unter dem Leibe wegziehen, mögen sie uns Mann für Mann niedermeßeln, wir geben unsere Hand nicht dazu her, deutsches Fleisch und Blut für ewige Zeiten fremden Völkern in die Knechtschaft zu vergeben. Was sollen uns jetzt noch Händlerbedenken und Händlerlisten, weil sie die demokratische Presse jutage fördert, was helfen uns verschwommene Redensarten von internationaler Verbrüderung der Sozialdemokraten? Es geht um Leben und Sterben unsres eigenen Volkes. Belogen und betrogen, haben wir die Waffen fortgeworfen wehrlos sind wir der Willkür der Feinde preisgegeben. Aber auch der Wehrlose ist noch eine furchtbare Gefahr, wenn man ihn zur Verzweiflung bringt. Unsere Feinde mögen sich hüten! Wir haben kein Bedürfnis mehr zu verkleinern als die Ketten!“

Zum Schluß wird an die Regierung folgende Forderung gestellt:

„Laut und vernünftig, klar und unzweideutig muß heute die Regierung im Reichstage erklären: Der Schmachfrieden von Versailles besteht für uns nicht mehr!“

Keine Verhandlungen, keine Erfüllung der in Versailles übernommenen Verpflichtungen, offener Kampf mit der Entente — das ist der Weg, den die deutschnationalen Katastrophopolitiker dem deutschen Volke weisen. Es bedarf keines Beweises, daß das Beharren dieses Weges den Selbstmord des deutschen Volkes bedeuten würde. Gerade weil die Forderungen der Entente unerfüllbar sind, und weil deshalb alles versucht werden muß um eine Verringerung der Pariser Beschlüsse herbeizuführen, muß das deutsche Volk jede Gemeinschaft mit den deutschnationalen Verbrechern entscheiden zurückweisen.

Angesichts der wahnsinnigen, verbrecherischen Politik, die die Deutschnationalen betreiben, ist die Tatsache besonders beachtenswert, daß die Stinnespartei, die Deutsche Volkspartei, Verhandlungen über ein Zusammengehen mit der deutschnationalen Partei angeknüpft hat. Den von Führern der Stinnespartei gemachten Vorschlag, die Deutschnationalen möchten in die Regierungskoalition eintreten, hat Herz zwar mit der Begründung abgelehnt, ein solcher Schritt würde seiner Partei bei den Preußenwahlen 4 Millionen Stimmen kosten. Eine nähere Prüfungnahme mit den rechtsstehenden Koalitionsparteien dürfte aber nach einer Mitteilung der Post durch die eingeleiteten neuen Verhandlungen trotzdem erreicht werden, ohne daß die deutschnationale Partei in das Kabinett eintritt.

## Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

Nach Vorbesprechungen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ist der im Reichsarbeitsministerium gefertigte Entwurf des Ausführungsgesetzes zu § 70 des Betriebsrätegesetzes, betr. Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, fertiggestellt und nach Berücksichtigung durch das Reichskabinett dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden. Der Gesetzentwurf sieht die Entsendung von ein bis zwei Betriebsratsmitgliedern in die Aufsichtsräte der Aktien- und Aktien-Kommanditgesellschaften, der Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung vor. Die entsandten Mitglieder sollen nach dem Entwurf, abgesehen von dem in § 70 des B.R.G. vorgeschriebenen Ausschluß von dem Lantienmenbezug, die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder haben. Ob ein oder 2 Mitglieder entsandt werden, bemittelt der Entwurf nach der Zahl der sonstigen Aufsichtsratsmitglieder.

Eines der mageren Rechte, die das Betriebsrätegesetz den Betriebsräten einräumte, sollte das der Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat sein. Bis jetzt ist ihnen dieses Recht vorenthalten worden; mehr als ein Jahr hat die Regierung gebraucht, um das Ausführungsgesetz auszuarbeiten. Ueber seinen Inhalt wird sich erst urteilen lassen, wenn er im Wortlaut vorliegt; es muß aber von vornherein festgestellt werden, damit die Arbeiter sich nicht falschen Illusionen hingeben, daß die Rechte der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder gleich Null sind, da alle Befugnisse des Aufsichtsrats — Ueberwachung der Geschäftsführung, Einschuldung in die Bücher und Geschäftspapiere, Kassenkontrolle usw. — nur der Gesamtheit des Aufsichtsrats zustehen. Es wird auch hier, wie bei allen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, die Macht der Arbeiterschaft und die Energie der in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder darüber entscheiden, welchen Einfluß die Arbeiterschaft auf die Betriebsführung gewinnt.

## Ein Reichsmietengesetz.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Reichsmietengesetzes vorgelegt. Der Entwurf gibt unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsbaus feste Regeln für die Berechnung einer gesetzlichen Miete. Jeder Vertragsteil kann sich jederzeit auf die gesetzliche Miete berufen und dadurch bewirken, daß sie vom nächstzulässigen Kündigungstermin ab, bei grober Unbilligkeit auch schon früher, an die Stelle der vereinbarten Miete tritt. Für die Berechnung der gesetzlichen Miete wird von der im Juli 1914 vereinbarten Miete (Friedensmiete) ausgegangen. Eine Steigerung dieser Miete darf nur insoweit erfolgen, als sie durch erhöhte Betriebs- oder Instandhaltungskosten notwendig geworden ist. Die danach zulässige Zuschläge zur Friedensmiete sollen von der obersten Landesbehörde oder von der Gemeindebehörde in Hundertsätzen der Friedensmiete allgemein festgesetzt werden. Um die Ausführung notwendiger Instandhaltungsarbeiten zu sichern, wird dem Mieter das Recht eingeräumt, die Aufhebung einer unparteilichen Stelle anzufordern, die unter Umständen die Durchführung ihrer Anordnungen erzwingen kann. Auch die Vornahme großer Instandhaltungsarbeiten darf eine unbillige Steigerung der Mieten nicht zur Folge haben. Durch Verteilung der Kosten auf eine längere Reihe von Jahren sollen die Mieter davon geschützt werden, größere Mehrbeträge auf einmal zahlen zu müssen; anderseits soll eine Ansammlung von Geldern in öffentlichen Kassen an dem Vermieter ermöglichen, die für große Instandhaltungsarbeiten erforderlichen Mittel tunlichst bald zu erhalten. Der Entwurf bringt ferner Vorschriften über die Tätigkeit von Mietervereinigungen, die dem Mieter zur Seite stehen sollen und denen in gewissen Fällen neben und an Stelle des Mieters Antrags- und Aufsichtsrchte eingeräumt werden. Ueber die Kosten für Sammelheizung und Warmwasserversorgung und über die Berechnung der Miete im Falle der Untervermietung sind besondere Bestimmungen getroffen. Neubauten sollen regelmäßig den Vorschriften des Entwurfs nicht unterliegen, da hierdurch der Anreiz zur Bautätigkeit verringert werden könnte und da im übrigen auch in solchen Häusern die Höhe der Mieten schon nach den bestehenden Vorschriften über Baukostenzuschüsse einer gewissen behördlichen Nachprüfung unterliegen.

Eine Stellungnahme zu dem Entwurf ist erst möglich, wenn er im Wortlaut vorliegt.

## Rundgebung der Mieter in Berlin.

Berlin, 7. Februar. (U.) Im Lustgarten fand gestern mittag eine Demonstration der Berliner Mieterorganisationen statt, die von Mitgliedern des Verbandes Groß-Berlin veranstaltet wurde. Nach mehreren Ansprachen, in denen die Diktatur der Mieter (?) gefordert wurde, kam eine Resolution zur Verlesung, die für den Fall, daß das Reichsmietengesetz und die Mieterschutz-Vorschriften nicht sofortigen Streik der Mieter in Aussicht stellt. Im Anschluß an die Versammlung zogen die Teilnehmer durch die Hauptstraßen Berlins. Es bildeten sich mehrere Demonstrationzüge, die sich dann in den verschiedenen Stadtteilen auflösten.

## Habsburgischer Juwelenraub.

Der letzte ruhmreiche Habsburgerprinz Karl hat knapp vor seiner formellen Abdankung durch seinen Obersthofmeister, den berühmten Grafen Berchtold, eine große Anzahl der kostbarsten Kronjuwelen „zum Zwecke der sicheren Bergung“ nach der Schweiz verschoben lassen. Bekanntlich ist er bald danach selbst zum selben Zwecke seinen geliebten Juwelen nachgereist. Inzwischen aber hat der Friedensvertrag von St. Germain den in Oesterreich befindlichen Besitz der Habsburger dem österreichischen Staat zugesprochen, und die österreichische Regierung verlangte von Karl die Herausgabe der veruntreuten Juwelen, deren Wert in die Milliarden geht. Natürlich weigerte sich der traurige Held, das gestohlene Gut herauszugeben, und er ging auch auf den Vorschlag, die Angelegenheit einem internationalen Schiedsgericht zu übergeben, nicht ein. Dem österreichischen Staat blieb also nichts übrig, als den Prozess zu beschreiten, aber siehe da, die christlich-sozialistische Regierung, die viele geheime, nicht nur ideelle Bande mit dem kaiserlichen Dieb verknüpfen, verschleppt schon seit Wochen den Prozess! Getreue Diener ihres veruntreuten Herrn!

## Ganz wie bei uns.

Die „Fascisti“, welche sich in den letzten Wochen und Monaten zu einer rühmigen Kampfgarde der italienischen Bourgeoisie entwickelt haben, waren am 31. Januar Gegenstand einer von den italienischen Sozialisten eingeleiteten Interpellation. Maccioni, der im Namen der sozialistischen Parlamentsfraktion sprach, kennzeichnete in einer großartigen Rede die Fascisti als die bewaffnete Organisation der italienischen Bourgeoisie und der Agrarier gegen das Proletariat. Weit davon

infern, von der Regierung Giolitti, die nachweislich die organisierten Faschisten unterstützte und sich mit ihnen identifiziert, Hilfe zu verlangen, erklärte Matteotti vielmehr, daß es den italienischen Sozialisten nur darauf ankomme, vor aller Öffentlichkeit die Verantwortung auf den fortgesetzten Mordtaten und Mordbrennereien der Faschisten festzusetzen. Das italienische Proletariat würde sich selbst gegen diese ständigen Bedrohungen zu schützen wissen.

Diese Rede rief einen Führer der liberalen Rechten und Großgrundbesitzer auf den Plan, der in längerer Rede die Faschisten verurteilte und damit zugleich deren Wesen aufs Beste enthielt. Er führte etwa aus:

„Der Faschismus ist nur die spontane Reaktion jener welche zwar die sozialistische Idee achten, aber welche sich den gefährlichen und unehelichen Gewalt- und Habschweifern widersetzen wollen, welche die Massen aus niedrigen Wahlsünden vergriffen haben.“

Alsdann beklagte der Redner die fortgesetzten Angriffe, welche in verschiedenen Provinzen gegen das Privateigentum unternommen worden sind, und erklärte, daß sich die Faschisten gegen alle Ertrugenschaften wenden, welche die Landarbeiterverbände seit 1911 durchgesetzt haben. Ihr Kampf gelte allen Abmachungen, welche diese Verbände bisher von den Agrariern erzwungen haben.

Darüber hinaus aber führte der Redner aus: „Wir können nicht dünkeln, daß die Sozialisten mittels der von ihnen eroberten Gemeinden das Privateigentum durch Einführung besonderer Kommunalsteuern vernehmen. Wir können nicht zugeben, daß die Sozialisten die Städte aufheben, um die Gemeindegemeinschaften lebendig aus dem Besitz zu ziehen. Es ist Zeit, daß diesem legalen antikapitalistischen Kampf ein Ende gesetzt wird. Da die Regierung gegen die aus dem allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Gewählten vorzugehen sich scheut, so werden wir mittels unserer eigenen Kampfergebnisse handeln!“

Diese Rede bedeutet die offizielle Bestätigung, daß die Faschisten reaktionäre Kampftruppen seien, deren erklärte Aufgabe es sei, mit Waffengewalt die Machtpositionen des Proletariats zu durchbrechen. Die italienische Bourgeoisie trägt somit die volle Verantwortung dafür, daß der Klassenkampf in Italien bereits blutige und gewaltsame Formen angenommen hat.

### Die italienische Parlamentsmehrheit deckt die Gewalttaten der Faschisten.

Mailand, 4. Februar. Als Abschluß der Debatte über die Innenpolitik der Regierung verlangte Giolitti ein Vertrauensvotum. Wer der Regierung das Vertrauen aussprechen wollte, sollte gegen die sozialistische Tagesordnung stimmen. Der erste Teil, der behauptet, die letzten Parteikämpfe führten zum Bürgerkrieg, wurde mit 252 gegen 93 Stimmen verworfen, der zweite Teil, der die Regierungspolitik verurteilt, mit 226 gegen 79 Stimmen.

### Zur Spaltung der italienischen Partei.

Aus den vorliegenden Abstimmungsergebnissen in Livorno geht hervor, daß sich alle Industriegebiete mit großer Mehrheit gegen die Kommunisten ausgesprochen haben. So erhielten in Mailand die Kommunisten von 9476 abgegebenen Stimmen insgesamt 2948, während die Serrati-Gruppe 5587 und die sozialistische Sammelgruppe 941 Stimmen auf sich vereinigten. In der Provinz Novara wurden für die Serrati-Gruppe 7127, in Como 3146, in Ravenna 4011, in Ferrara 2818 Stimmen gegen 3500, 394, 1699 bzw. 414 Stimmen für die Extremisten abgegeben. Auch in den Bezirken, wo die Kommunisten die Mehrheit erlangt haben und die schon längst als kommunistische Hochburgen gelten, ist der Stimmenüberschuß nur sehr gering. So ist das Stimmenverhältnis in Turin 4513 gegen 3886, in Florenz 4003 gegen 3809. In diesem Bezirk entfielen aber außerdem noch 229 Stimmen auf die Resolution von Reggio Emilia, so daß die Kommunisten hier zahlenmäßig in der Minorität sind. Interessant ist das Stimmenergebnis in der alten sozialistischen Provinz Reggio Emilia. Dort wurden 5228 Stimmen für die sozialistische Sammelgruppe, 3679 für die Serrati-Gruppe und nur 686 Stimmen für die Kommunisten abgegeben.

### Frangösisch-polnische Entente.

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Als Ergebnis der Reise Pilsudskis ist im Namen der französischen und polnischen Regierung folgende gemeinsame Erklärung durch Havas verbreitet worden: Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, gleichmäßig besorgt um ihre eigene Sicherheit und um die Sicherstellung des Friedens von Europa, die Gemeinschaft der Interessen, die die beiden befreundeten Länder vereint, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen, und zu diesem Zwecke für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Fühlung miteinander zu bleiben. Von polnischer Seite war an die Reise Pilsudskis die Hoffnung auf den Abschluß eines militärischen Bündnisses und eines Handelsvertrages geknüpft worden. Die Einigung läßt sich aber nur als Beweiskraft der Entente cordiale ansehen. In diesem Sinne schreibt auch der offizielle Pariser De Parisien, die Erklärung bedeutet die Aufrechterhaltung der ausgezeichneten französisch-polnischen freundschaftlichen Beziehungen und gegenseitigen Unterstützung. Im Grunde genommen handelt es sich um eine engere Verbindung, als wie ein schriftlich abgeschlossenes Bündnis geben könne. Frankreich und Polen beabsichtigen keinen Angriff, sondern wollten sich nur gegenseitig Schutz zusichern und den Frieden in Europa aufrechterhalten. Da sie nichts zu verbergen hätten, so hätten sie ihre Übereinkommen den hauptsächlichsten Verbündeten während des Krieges, England, Japan und Italien, mitgeteilt.

### Kommunisten-Verfolgungen in Frankreich.

Paris, 7. Februar. (L. B.) Seitdem durch die Verhaftung russischer und jugoslawischer Kommunisten ein von Moskau diktiert, auf französischen Boden verpflanztes Komplott ausgedeckt wurde, nehmen die polizeilichen Maßnahmen auch gegen die französischen Kommunisten einen energiegelassen Fortgang. Offiziell wird die Verfolgung des Generalsekretärs der Humanität, Dunois, welcher des Verbrechens gegen die innere Sicherheit des Staates angeklagt wird, ferner des französischen Generalsekretärs des Allgemeinen Arbeiterbundes, Griffuelhes, bekanntgegeben, doch hat man sie vorläufig noch auf freiem Fuß gelassen.

Paris, 5. Februar. (L. B.) Nach einem Havasbericht ist der Geschäftszweig Alfred Wignot gestern verhaftet worden, der seit langem mit internationalen kommunistischen Kreisen in Verbindung steht und von Abramowitsch, einem der in Paris verhafteten Kommunisten, unlängst einen Scheck über 20 000 Franc erhalten haben soll. Dies soll die Ursache der Verhaftung sein. Heute morgen wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Die Polizei hat nach einer Havasmeldung eine Anzahl kommunistischer Waueranschläge unpatriotischen und bolschewistischen Inhalts, die sich an die Rekruten der Jahresklasse 1921 wandten, entfernt und mehrere Personen, die die Zettel angeheftet hatten, verhaftet. Ebenso wurden einige Leute in Haft genommen, die Mitglieder des Bundes der kommunistischen und sozialistischen

Jugend verteilten hatten. — Aus Nancy wird gemeldet, daß bei mehreren ausländischen Studenten, die sich als Anhänger des Bolschewismus betätigt haben, Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Ebenso in den Geschäftsräumen und der Druckerei einer extremistischen Zeitung. Es wurden dabei Aufrufe und Abhandlungen beschlagnahmt. Auch in der Umgebung von Nancy, wo extremistische Gruppen ihren Sitz haben, wurden von der Polizei Streikzüge veranstaltet.

### Die Räteregierung und das englisch-russische Handelsabkommen.

London, 5. Februar. (L. B.) Daily Telegraph erzählt von gut unterrichteter Seite, der Bericht Krassin in Moskau bezüglich des russisch-britischen Handelsabkommens sei auf den größten Widerstand der Mehrheit der Kommissare gestoßen. Lenin habe sein Bestes getan, um diesen Widerstand zu bekämpfen, und sogar erklärt, er weigere sich, negative Beschlüsse anzunehmen. Lenin habe aber anscheinend nur zum Teil Erfolg gehabt. Krassin werde demnächst, statt eine endgültige Antwort der russischen Räteregierung zurückzubringen, mit einer Reihe von Gegenanträgen kommen. Es sei die augenscheinliche Absicht der russischen Regierung, die gesamte Erörterung von neuem zu eröffnen und wieder bei dem Punkte anzufangen, an dem Sir Robert Horne die Verhandlungen aufgenommen hatte. Wenn eine der beiden Parteien nicht vollständig nachgibt, so bestehe wenig Aussicht für eine Unterzeichnung des Abkommens in der nahen Zukunft. Es sei sehr gut möglich, daß Krassin weitere sechs Monate in England mit fruchtlosen Erörterungen zubringen werde.

Der russisch-polnische Vertrag sei noch nicht unterzeichnet. Die Lage in Persien sei sehr unbeständig. Die britische Gesandtschaft in Teheran könne jeden Tag zurückgezogen werden. Die bolschewistische Propaganda im Osten gehe in bisheriger Stärke weiter. Es bestehe genügend Bündstoff, um einen wirklichen Zusammenstoß zu bewirken, während England sich augenblicklich in der Lage bewaffneter Neutralität befinde.

### Ein amerikanisches Antistreichgesetz.

Nach einer Meldung aus Washington hat der amerikanische Senat einstimmig das Antistreichgesetz angenommen, dessen erster Paragraph lautet:

Wer in der Absicht, im Verkehr mit dem Auslande oder der Einzelstaaten untereinander die Beförderung von Gütern zu verhindern, mündlich, schriftlich oder auf eine andre Weise versucht, irgendeine Person, die bei dem Transport solcher Güter tätig ist, zu überreden, ihre Beschäftigung aufzugeben, oder wer solche Personen dazu anreizt, oder sie zu der Niederlegung ihrer Arbeit zu beeinflussen sucht, oder wer dieses Ziel mittels einer Vereinigung oder eines Verbandes zu erreichen trachtet, soll eines Verbrechens schuldig sein und zu einer Geldstrafe bis zu 10 000 Dollar oder zu Gefängnis bis zu 10 Jahren oder zu beiden Strafen zugleich verurteilt werden.

Wenn das Repräsentantenhaus, dem der Entwurf nun vorgelegt wird, ebenfalls zustimmt, würde damit den Eisenbahn- und Transportarbeitern das Streikrecht vollständig genommen sein.

### Zur Abrüstung in Amerika.

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat das Repräsentantenhaus trotz des Vetos des Präsidenten Wilson die Entschließung zur Herabsetzung des Effektivbestandes des Heeres auf 175 000 Mann angenommen.

### Die Bedingungen der türkischen Nationalisten

Paris, 6. Februar. Nach einer Meldung des Temps aus Konstantinopel sind die Bedingungen, die Mustafa Kemal Pascha hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen wird, folgende: Der Sultan erkennt die Regierung von Angora als die einzige türkische Regierung an und wird in Konstantinopel bleiben, die Regierung provisorisch in Angora. Das Konstantinopeler Kabinett wird durch einen besonderen Ausschuss, der von Angora beglaubigt wird, ersetzt. Angora garantiert die Apanage des Sultans und der kaiserlichen Familie und die Gehälter der Beamten. Diese Bedingungen seien vom Sultan und von der Regierung von Konstantinopel für unannehmbar gehalten worden. Die Verhandlungen dauerten an.

### Frankreich verkauft deutsche Kohle?

London, 4. Februar. (L. B.) Auf der Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes erklärte der Präsident des Bergarbeiterbundes von Süd-Wales, James Winstanley, daß Frankreich einen Teil der von Deutschland gelieferten Kohlen an Deutschland zurückverkaufe. Er habe Informationen, wonach deutsche Kohle, die auf der Eisenbahn nach Frankreich ginge, nach Deutschland zurückverkauft werde, ohne den Waggon zu verlassen.

### Oberchlesische Kohle für Ungarn.

Budapest, 4. Februar. (L. B.) Die Wiedergutmachungskommission hat die ungarische Regierung verständigt, daß infolge ihrer Anfrage aus Paris 20 000 Tonnen Kohlen für den Monat Februar an Ungarn überwiesen werden, die von Kattowitz dorthin verladen werden. Auch große Mengen Koks wurden zugesichert.

### Deutschland.

#### Der „Milchstreik“ in der Pfalz.

Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, liefern die Landwirte von Al-Bundenbach geschlossen ihre Milchmengen an Milch ab mit der Begründung, daß sie mit 2.10 M. Erzeugerpreis für das Liter zufrieden sind. Bei der Durchfahrt durch Gr-Bundenbach haben die Milchlieferanten unter dem Terror ihrer streikenden Berufsangehörigen zu leiden, so daß die Milchhändler unter polizeilichem Schutz verkehren. Die Erbitterung der Landwirte gegen die Auswüchse des Streiks wächst in den eigenen Reihen immer mehr. — In der Westpfalz erziehen der Vorwende der Freien Bauernschaft Wisig aus Heltersberg im Automobil, um die Landwirte zum Weiterstreiken aufzufordern. Im Laufe des Tages fanden weitere Kundgebungen vor den Gebäuden der Landwirte statt, ohne jedoch zur Entlassung der Verhafteten zu führen. — Wegen öffentlicher Aufregung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt wurde der Landespolizeichef der Freien Bauernschaft, S.amm, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet.

#### Der Abbau der Kriegsgesellschaften.

Zur Ausübung zur Prüfung der Kriegsorganisationen gab der Vorwende, Staatssekretär Dr. Hirsch, einen Heberbrief über den Abbau der Kriegsgesellschaften seit Juli 1919. Danach ist die Zahl der Angestellten der Kriegsorganisationen bei den Reichswirtschaftsministerien unterstehenden, im Abbau befindlichen Gesellschaften von 4747 im Juli 1919 auf 3752 am 1. Juli

1920, auf 2903 am 1. Oktober 1920, auf 1887 am 1. Januar 1921 gefallen und hat am 1. Februar 1921 circa 1490 betragen. Bei den Gesellschaften des Ernährungsministeriums ist dieser Abfall der Zahl der Angestellten nicht ganz so stark (10 125 am 1. Juli 1919, 7655 am 1. Oktober 1920, 6086 am 1. Januar 1921), doch ist dabei zu berücksichtigen, daß auf dem Nahrungsmittelgebiet noch einige Gesellschaften in vollem Betrieb bleiben mußten (Reichsgetreidebetriebe), da eine Bewirtschaftung einiger Nahrungsmittel weiterhin erforderlich sei.

### Bayrische Eigenbrödelei.

Die bayrische Regierung wird beim Reichsgerichtshof Anfechtungsklage gegen das Beamtenbeschuldungsgebot erheben, dessen Anerkennung sie verweigert; sie behauptet, daß das Gesetz formell in Widerspruch zu gewissen Bestimmungen der Reichsverfassung steht.

### Keine Aufhebung der Landesfinanzämter.

Durch die Presse gehen Meldungen über eine vollständige Reorganisation der Reichsfinanzverwaltung. Es wird hervorgerufen, daß die Personal- und Verwaltungsabteilungen sowie vor allem die Landesfinanzämter aufgelöst werden sollen. Das Reichs-Bureau bemerkt dazu, daß eine Aufhebung der Landesfinanzämter im Reichsfinanzministerium zu keiner Zeit zum Gegenstand einer Erörterung gemacht worden ist. Es bestehe auch nicht die Absicht, diesen Gedanken überhaupt zu erwägen.

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Die türkische Antwort auf die französische Drohung.

Nach einer Meldung des Daily Express aus Konstantinopel hat Mustafa Kemal Pascha sich geweigert, trotz der von französischen Kriegsschiffen angedrohten Repressalien die unter dem Befehl eines Offiziers bei Creail am Marmara-Meer entführten und gefangengelegten Soldaten freizulassen, wenn die französische Regierung nicht die Erklärung abgibt, daß die türkische Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer ungehindert ausgeübt werden könne.

#### Konflikt zwischen Polen und Danzig.

Danzig, 5. Februar. (L. B.) Nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Danzig im Dezember v. J. haben die Polen die Kasernen im Danziger Hafenort Neuhafen mit Truppen besetzt. Die Regierung von Danzig besteht nunmehr auf Grund des Versailleser Vertrags darauf, daß die Kasernen von den polnischen Truppen geräumt werden muß. Die polnische Regierung vertritt die gegenteilige Ansicht. Der Oberkommissar des Völkerbundes ist um seine Entscheidung angezogen worden.

#### Teilnahme der argentinischen Sozialisten an der Wiener Konferenz.

Die argentinische sozialistische Partei, die kürzlich gegen den Eintritt in die 8. Internationale gestimmt hat, beschloß, aus der 2. Internationale auszutreten und an der Wiener Konferenz teilzunehmen.

#### Ein amerikanisches Konkurrenzunternehmen.

Die Times meldet, daß Harding für den 4. April, also vier Wochen nach Antritt seiner Präsidentschaft, den konstituierenden Kongress der Weltfriedensvereinigung nach Newport einberufen hat, zu dem auch Deutschland und Oesterreich eine Einladung zu gehen wird.

Die imperialistischen Machthaber verleugnen ihren kapitalistischen Charakter auch dann nicht, wenn sie einmal zur Abwechslung in Pazifismus machen; selbst da müssen sie einander Konkurrenz machen.

Bankrott in Argentinien. Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die Spanisch-amerikanische Bank wurde geschlossen, was eine große Panik hervorrief. Der Präsident der Bank ist flüchtig. Die Polizei mußte den Ansturm der Menge auf die Bank aufhalten.

Persischer Protest an Rußland. Die persische Regierung hat eine Reuermeldung zufolge bei der russischen Räteregierung Vorstellungen erhoben wegen des unter dem Schutze des Jeners bolschewistischen Schiffe auf die persische Stadt Tanatshah unternommenen Angriffes. Sie drückte ihr Erstaunen über eine solche Handlung von Seiten der Bolschewisten angesichts des Verstoßens aus, sich aller Feindseligkeiten gegenüber Persien zu enthalten.

Die jerbischen Kommunisten leisten den Versatzungsgeid. Aus Belgrad wird gemeldet: Die parlamentarische Situation hat sich bedeutend gebessert. Die von dem Ausschuß beantragte Aenderung der Geschäftsordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen, worauf die Kommunisten eine motivierte Erklärung abgaben, den Eid vorzulesen und abzugeben zu wollen. Die gleiche Erklärung gaben die liberale kroatische Vereinigung und die kroatische Volkspartei ab. Außer der Radikspartei sind somit alle Parteien nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung ihren Verpflichtungen nachgekommen. Infolgedessen wird in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß die so gebesserte Situation die Arbeiten beschleunigen und der Verfassungsausschuß seine Arbeiten bis Ende Februar beenden wird. Man rechnet damit, daß die Konstituante bis Ende März die Verfassungsdebatte abschließen wird.

Die Ansiedlung der Japaner in den Vereinigten Staaten. Einer Reuermeldung aus Washington zufolge sind die Verhandlungen zwischen dem japanischen Botschafter in den Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Botschafter in Japan bezüglich der kalifornischen Ansiedlungsfrage und der Festlegung der Rechte japanischer Bürger in den Vereinigten Staaten zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden. Die von beiden Botschaftern erzielten Beschlüsse bedürfen noch der Zustimmung der beiderseitigen Regierungen.

### Von Nah und Fern.

#### Zusammenstoß zweier Züge bei Wien.

Wien, 5. Februar. Einer Zeitungskorrespondenz zufolge stießen heute früh in Felixdorf an der Südbahn zwei Züge zusammen. Mehrere Wagen wurden zertrümmert. Laut Mitteilung der Südbahnverwaltung sind 5 Reisende getötet, 16 schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt worden.

#### Wetterchäden in Wien.

Wien, 5. Februar. Der seit gestern hier andauernde Schneeregen hat in den Straßen Wiens bedeutende Verkehrsstörungen hervorgerufen. Eine Folge des Unwetters sind zahlreiche Telefon- und Telegraphenstörungen, da die Drähte infolge der an ihnen haftenden Schneemassen rissen. Auch zahlreiche Unfälle sind zu verzeichnen.

#### Geshoh-Explosion.

Amiens, 5. Februar. Bei einer Verladung von Geschossen wurden in Maurepas 7 Feuerwerker durch die Explosion eines Geschosses getötet.

#### Riesenbrand in Vatu.

Paris, 5. Februar. (L. B.) Ein Funksturm aus Konstantinopel meldet einen Riesenbrand in Vatu, bei dem große Nachschubvorräte im Werte von mehreren Milliarden Sowjetrubel zugrunde gegangen sind. Auch Menschenleben sind zu beklagen.

#### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Reihner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Tiller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

# ALTHOFF

## Nähzeug für die Schneiderei

und Kleinigkeiten für den Hausbedarf.

Das ist es, was man unter dem Begriff **Kurzwaren** versteht. Sie brauchen jetzt diese Kurzwaren für Ihre Frühjahrskleidung und wir wollen Ihnen dazu verhelfen. — Wir wollen Ihnen **billig** dazu verhelfen. — Sehen Sie Ihren Nähkasten nach u. füllen Sie ihn auf in unserem

## Großen Kurzwaren-Verkauf

der Montag, den 7. Februar beginnt.

Sie werden und müssen Ihren Bedarf in diesem großen Verkauf decken. Sie haben Kurzwaren seit langem nicht so billig gekauft, die nachfolgenden Preise beweisen das.

Nahband Baumwolle, schwarz und weiß 10 Meter-Stück	3.00	Stoßborde farbig, mit verstärkter Ripskante Meter	1.80	Druckknöpfe schwarz und weiß Duzend	45 ¢
Nahband Halbseide, schwarz und weiß 10 Meter-Stück	4.00	Hosenschonerband „Eisengarn“, mit verstärkter Kante, schwarz Meter	0.90 0.75 50 ¢	Druckknöpfe Messing, garantiert rostfrei Duzend	60 ¢
Nahband beste Qualität, schwarz und weiß 10 Meter-Stück	4.50	Kunstseidener Soutache farbig Meter	0.45 35 ¢	Stedknadeln auf Briefen, Eisen verzinkt, Brief à 200 Stück	0.90 50 ¢
Miederband rein Baumwolle, schwarz und weiß, 6 cm br. 2.50 5 cm br. 2.00 4 cm br.	1.50	Armbblätter . . . Paar	4.00 3.00 2.75 2.00	Stedknadeln Messing, rostfrei . . . Brief	75 ¢
Miederband mit Stübchen, schwarz u. weiß, 6 cm breit 3.10 5 cm breit 2.75 4 cm breit	2.25	Zentimetermaße 150 cm lang . . Stück	1.25	Nähknadeln Aachener Fabrik, Brief à 25 Stück	45 ¢
Wollene Tressen schwarz, gute Qualität Meter	3.50 3.00 2.70 1.45	Schneiderkreide Quadratform . 2 Stück	15 ¢	Nähseiden-Ersatz schwarz, 50 Meter- Rollen . . . . . Rolle	85 ¢
		Holzknöpfe zum Ueberziehen Duzend	0.35 0.25 0.20 0.15 12 ¢	Reih- oder Heftgarn 20 cr-Rolle 1.90 10 gr Rolle	95 ¢

### Ferner für den Hausbedarf:

Schuhriemen „Eisengarn“ schwarz, 85 cm, 100 cm, 115 cm lang . . . . . 2 Paar	95 ¢	Haarnadeln glatt und gewellt . . 2 Paket	35 ¢	Durchziehlißchen weiß, Baumwolle, in den Breiten 17—49 mm 3-m-Stück	0.95 0.75 0.65 0.55 0.50 0.42 36 ¢
Schuhriemen „Eisengarn“, sehr kräftig, 85 cm, 100 cm, 115 cm lang . . . . . Paar	75 ¢	Haarnadeln extra stark . . . . . Brief	35 ¢	Baumwollband 10 mm 14 mm 12 mm 10 mm weiß . 3 Meter-Stück	0.90 0.65 0.55 0.45
Schuhriemen „Eisengarn“, elegant und kräftig, 85 cm, 100 cm, 115 cm lang . Paar	1.20	Lokennadeln lackiert . . . . . 2 Paket	25 ¢	Baumwollband schwarz und grau 3 Meter-Stück	1.30
Schuhriemen „Macco“, schwarz, Spitz- nadel, 90—120 cm lang . . . . . Paar	80 ¢	Lokennadeln Stahl mit umgeboq. Kopf	35 ¢	Körperband weiß 10 mm 14 mm 12 mm 10 mm Baumwolle, 3-m-Stück	1.05 0.95 0.80 0.60
Schuhriemen „Macco“, elegant und kräftig, 85—115 cm lang . . . . . Paar	1.15	Damen-Strumpfhalter Rüschenband Paar	3.25 2.45 1.75	Körperband weiß 10 mm 14 mm 12 mm 10 mm gute Qual., 3-m-Stück	1.50 1.30 1.10 0.85
Schuhriemen „Macco“, extra gute Qual., 80—120 cm lang . . . . . Paar	1.50	Gummiband für Strumpfbänder, glatt Meter von	1.95	Schürzenband blaugestreift 3 Meter-Stück	1.45
Halbschuhriemen „Macco“, gute Qual.	50 ¢	Rüschen-Gummibänder gute Qualität . . . . . Meter	3.75 u. 2.75	Wäscheknöpfe weiße Oesen, rostfrei, in all. Größ. Duzd	1.15 1.05 0.95 0.85 0.75 0.50 45 ¢
Damen-Halbschuhriemen Kunstseide schwarz . . . . . Paar	2.10 1.95	<b>Maschinen- und Sternzwirn</b> in allen Stärken am Lager. <b>Gütermann Nähseide</b> großes Farbensortiment <b>Kunstseidene Tressen</b> Kraus- und Allaschnuren.		Junggesellen-Hosenknöpfe gute Ware . . . . . Duzend	0.35 25 ¢
Damen-Halbschuhriemen halbseiden, Rips, schwarz . . . . . Paar	2.10			Stopfgarn Baumwolle, kleine Kärtchen, schwarz, weiß, lederfarbig . . . . . Karte	20 ¢
Damen-Halbschuhriemen Kunstseide, extra breit, schwarz u. braun . Paar	3.25				

Im großen Lichthof außerdem Auslagen von ganz besonders billigen Stickerereien, Barmer Besäßen und Languetten.

Arbeiterfrauen! Beruft Euch bei Euren Einkäufen auf die Leipziger Volkszeitung.

**Verkehrsfreier, weißer Grieß**

bestes Malsprodukt, beliebt für Suppen,  
Puddings und Klöße

1 Pfund nur 2.75 Mk.

**Max Werner, Albertstr. 52**

Ecke Floßplatz — Telephon 6462 — Ecke Floßplatz

Inlerate sind nicht an  
die Redaktion  
sondern an die Expedition d.  
Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Reparaturen  
an Uhren jed. Art  
nur streng solide  
Ausführung u.  
unt. Garant. bei  
**Gustav Kaniss**  
Alberm. Taubach Str. 8.

**Verkehrsfreies, weißes Mehl**

bestes Malsprodukt, beliebt für Koch- und Backzwecke

1 Pfund nur 2.75 Mk.

**Max Werner, Albertstr. 52**

Ecke Floßplatz — Telephon 6462 — Ecke Floßplatz

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Februar.

Parteilangelegenheiten.

Ortsverein Magwih-Vindenua-Schleusig. Heute Montag, abends 1/8 Uhr: Frauen-Leseabend im Gambinus, Vindenua, Odermannstraße. Rege Beteiligung wünscht Der Vorstand.

Ortsverein L-Mosau. Dienstag, den 8. Februar, abends 1/8 Uhr: Funktionärsführung in der Hermannstraße.

Dehlsch-Gaugh. Mittwoch, den 9. Februar, abends 7 Uhr, im Restaurant zur Post, Dehlsch: Vorstand- und Funktionärsführung.

Dehlsch. Mittwoch, den 9. Februar, abends 1/8 Uhr, im Schwarzen Jäger: Diskussion über: Rinderschutz und Schutzaussicht. Die Genossen werden erlucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Teilnehmerkarten für den Kursus Herze, der voraussichtlich am 2. März beginnt, können von den Beisitzern entnommen werden.

Arbeiter-Bildungsanstalt. Morgen Dienstag, abends 6 Uhr, Sitzung in der Geschäftsstelle.

Betriebsräte der Gruppe 6: Graphisches Gewerbe. Die Arbeitsordnung ist vorläufig nicht abzuschließen. Nähere Mitteilung folgt.

Kursus 15: Bilanzkunde. Erster Vortrag Sonntag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr, Volkshaus, Gartensaal.

Gruppe 4: Chemie. Mittwoch, den 9. Februar, abends 7 Uhr: Vollerfassung im Volkshaus, Nebensaal rechts. Referent: Genosse Knäfel.

Kursus 14: Gewerbeschulung. Beginn Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gartensaal. Lehrer: Dr. med. Simon. Teilnehmer können sich noch melden. Gewerkschaftsamt Leipzig.

Die Leipziger Arbeiterschaft zu den Forderungen der Entente.

Die USP. Leipzigs hatte am Sonntagvormittag zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, in der die Arbeiterschaft zu den Forderungen der Entente Stellung nahm. Der Riesensaal des Zoologischen Gartens war überfüllt, die Galerie und die Gänge waren dicht besetzt, an den Eingängen staute sich die Masse der Besucher. Reichstagsabgeordneter Genosse Seger hatte das Referat übernommen.

Der Redner schilderte in großen Zügen, wie die nationalstolischen Heher in Deutschland jetzt zum drittenmal die Verhandlungen mit der Entente benutzen, um einen Sturm chauvinistischer Entrüstung zu entfesseln. Die erste Gelegenheit bot der Abschluß des Friedensvertrags im Juni 1919, die zweite Gelegenheit bot die Konferenz von Spa und jetzt erleben wir wegen der Forderungen der Entente dieselben Verläufe. Die USP. ist immer dem Schrei nach Waffengewalt entgegengetreten, hat stets auf dem Weg der Verhandlungen hingewiesen und nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie das Heil der Völker nicht von den Verhandlungen der Regierungen, sondern von dem tätigen Einwirken der Arbeiterschaft aller Länder erwarte, die selbst auf den Plan treten muß. Hier springt der große Gegensatz zum Bürgerturn auf. Auch diesmal wieder werden sich die kapitalistischen Regierungen auf Kosten der arbeitenden Klassen zu verständigen suchen.

Die USP. ist weit entfernt, der Entente zu bewilligen, was sie fordert. Wenn die politische Konstellation so ist, wie wir sie herbeiführen trachten, hören die Verhandlungen der Kapitalisten auf. Solange die politische Macht in den Händen der bürgerlichen Parteien liegt, kann die Arbeiterklasse nur Verhandlungen fordern, bei denen die Arbeiter am wenigsten leiden.

In der jetzigen Entstehungskampagne sind alle frampfhafte Verläufe, die nationale Empörung zu entfachen, geschelert. Auch die Entente weiß, daß die Forderung von 225 Milliarden Goldmark unerfüllbar ist. Auch die wirtschaftlichen Forderungen sind unerfüllbar. Eine Abgabe von 12 Prozent vom Werte der Ausfuhr bedeutet die Strangulierung des deutschen Wirtschaftslebens.

Wir wissen, daß auch die Arbeiter der Ententeländer gegen die Forderungen der Entente Widerspruch erheben. Unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse so lebendig zu gestalten, daß der Kapitalismus zurückschrecken muß. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich helfen, in das nationalstolische Horn zu tuken. Die Kapitalisten würden sich keine Minute befinden, die Forderungen zu bewilligen, wenn sie dabei aus den Knochen der Arbeiter noch Gewinn für sich herauszuschinden können.

Die Wiederherstellung der vermißten Teile Belgiens und Nordfrankreichs muß durch internationale Aktionen gelassen. Der französische Genosse Louquet habe verlangt, daß die internationale Konferenz in Wien über Schritte berate, die die Internationale gegen die Ententeforderung unternehmen müsse. Er habe damit gesagt, daß auch die französische Arbeiterschaft auf dem Boden der internationalen Wiedergutmachung stehe. (Lautes Bravo!) Als im Frühjahr 1919 der Plan auftauchte, unter Ausschaltung der Kapitalisten den Wiederaufbau durch die Arbeiterorganisationen ausführen zu lassen, wurde er von den Kapitalisten unmöglich gemacht, weil sie weder an den Materiallieferungen, noch an den Aufbaubarbeiten selbst etwas verdienen sollten. Die Kriegsverbrecher und Heerführer hätte man zur Arbeit heranziehen müssen. Bieleleicht wäre ihnen das Verlangen nach neuen Kriegen vergangen. Solange die Arbeiterklasse noch gespalten ist, können wir nur auf die Regierung im Lande selbst einwirken und an der Aufrichtung der internationalen Phalanx arbeiten.

Gegen die mißbräulichen Forderungen wird sich kein deutscher Arbeiter wenden. Nicht wir sind mit der Entente im Einverständnis. Das Schreiben Ludendorffs der mit der Entente gegen Sowjetrußland marschieren will, beweist, wo das Bedürfnis nach Einverständnis vorhanden ist.

Genosse Seger kommt im weiteren auf die Haltung der einzelnen Parteien zu sprechen und gipfelt die Forderung des Münchener kommunistischen Führers, gemeinsam mit den Studenten und der Orgesch zu den Waffen gegen die Entente zu greifen. (Wail!) Das bewiese aufs neue, daß in den Reihen der Kommunisten Leute seien die vom Kommunismus keine Ahnung haben und unaufrichtige Zwecke verfolgen. (Wärm.)

Unter lebhaftem Beifall zeigt er, wie aus dem Ausruf der Generalkommission derselbe nationalstolische Geist spricht, der uns 1914 den Burgfrieden brachte. — Die Zustände in Bayern zeigen, daß in Deutschland die Kriegstreiber wieder das große Wort führen. Wo solch korrupte Zustände herrschen, kann die politische Reinklang nur von der Arbeiterschaft durchgeföhrt werden. Das Vertrauen zu Deutschland wird solange nicht zurückkehren, als die Arbeiterschaft nicht imstande ist das Erstarren der Reaktion zu verhindern.

Wenn die Neuforderungen kommunistischer Redner, nur der Zusammenstoß mit Rußland ohne Deutschland retten, von den deutschen Nationalen aufgeföhrt werden, die zum Kampfe gegen die Entente sogar mit dem Bolschewismus paktieren wollen, so muß sich die Arbeiterschaft entschieden dagegen wenden. Den Krieg zu entfesseln ist leicht. Das ist die Waffe der Barbaren, nicht des Sozialismus. Mit Krieg und Vernichtung bringt man die Kultur demütig nicht aber vernichtet. herein mit der gespaltenen Arbeiter-

schaft in die einheitliche Phalanx des Sozialismus, dann wird auch Schluß sein mit dem Kapitalismus und mit dem Verfall der Friedensverträge. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache ließ gegenüber dem Referat an politischem Gehalt recht viel zu wünschen übrig. Herr Arnold trat mit lehrer schlechten Argumenten für die Politik der Rechtssozialisten ein. Der Kommunist Döbler forderte auf, sich in einer Union zu vereinigen, wo alle Parteien zusammenstehen. Er trat ab, weil seine Ausführungen in der stürmischen Heiterkeit der Versammlung untergingen. Der Kommunist Mehnert bezeichnete die Rechtssozialisten und Unabhängigen als Verbrecher. Wer behauptet, daß sie auf dem Boden des Sozialismus ständen, gehöre ins Zerkhaus. Einen ganz besonderen Haden versuchte Herr Peters, Vektor an der Universität in Leipzig. Er stellte sich als guter Deutscher und ebenso guter Engländer als Verbrecher. Nach seiner Ansicht ist der Friedensvertrag auf dem Bekenntnis der Kriegsschuld Deutschlands aufgebaut. Der Friedensvertrag wäre also nach dieser Meinung nicht so brutal ausgefallen, wenn die Kriegsschuld der deutschen Regierung weniger scharf betont worden wäre. Diese politische Kannegießerei überbot Peters noch durch die Behauptung, in Deutschland seien jetzt alle Proletarier; gemessen an amerikanischen Verhältnissen sei auch Sinnes Proletarier! Nach dieser Glanzleistung enthielt sich Peters, indem er „für die Einheitsfront des Proletariats“ eintrat. Man dürfe keine einseitige Parteipolitik mehr treiben, wir müßten vielmehr „von Nation zu Nation verhandeln“. Proletarische Einheitsfront mit Herrn Stinnes!

Der Kommunist S w o j i l behauerte den Bruderkampf, den die Kommunisten gegen die USP. führen und den er nicht mache.

Der Kommunist Schied hielt seine langatmige Mesopotamienrede, die er in jeder Versammlung vorträgt. Er sagte: „Die Engländer kämpfen in Mesopotamien für 26 000 Quadratkilometer geologische Petroleumformationen!“ Seger habe sich um die Vorgänge in Mesopotamien herumgeschwängelt und daher die auswärtige Lage nicht beurteilt. 1914 habe Seger im Volkshaus und in einer Konferenz in Braunschweig für die Bewilligung der Kredite gesprochen, weil sonst die Redakteure eingesperrt würden! Was wir heute erleben, sind die Folgen der Annahme des Friedensvertrags auch durch die USP. Die Arbeiter würden gezwungen, zum Schwert zu greifen, um sich den Weg zum Osten zu bahnen. (Große Unruhe.) Bei diesem Teil der Rede sprang ein Versammlungsbesucher auf das Podium und rief: „Nehmt euch vor dem Lump in acht, das ist der größte Affordschleber bei Hupfeld! Auf Schied haben sich immer die Weisler geföhrt, wenn sie die Affordlöcher der Tischler drücken wollten!“

Genosse Seger er nahm in der Debatte noch einmal das Wort, um in kurzen Ausführungen einige der größten Unwahrheiten der kommunistischen Redner zu beleuchten. Eine solche Konferenz, wie sie Schied erwähnt hat, fand überhaupt nicht statt. Außerdem bin ich — wie die Parteifreunde wissen — vom ersten Tage an scharfer Gegner der Kreditbewilligung gewesen. Herr Schied aber und seine kommunistischen Freunde behaupten drauflos, weil es ihnen an politischen Argumenten fehlt. Es ist bedauerlich, daß die USP. gezwungen ist, kostbare Zeit im Kampfe gegen diese Kommunisten zu verwenden, solange aber die Kommunisten auf Geheiß von Mostau nichts Besseres zu tun wissen, als die Unabhängigen als Verbreiter zu beschimpfen und mit Zügen gegen die USP. zu kämpfen, solange wird die USP. diesen Abwehrkampf mit aller Rücksichtslosigkeit durchzuführen.

Nachdem ein Schlußantrag mit erdrückender Mehrheit angenommen worden war, fand die Versammlung ihr Ende.

Eine gründliche Abrechnung

nahm eine Elternversammlung der 38. Volksschule in Gohlis mit den christlichen Wahrheitsaposteln vor. „Die Vereinigung der christlichen Eltern der Kinder der 38. Volksschule“ hatte ein Flugblatt verbreitet, aus dem wir folgende Krassheiten zitieren: „Noch ist an der 38. Volksschule ein Elternrat, in dem Leute sitzen, die aus der Kirche ausgetreten sind. Seine Christentumsfreundschaft hat ihr bei den Elternversammlungen kennen gelernt. Soeben ist der entsehlische Ausruf getan worden, man wolle nicht eher ruhen, als bis das Scheusal Gott aus der 38. Volksschule hinausgeworren sei! ...“

Man hat erklärt, die „rote Schule“ müsse auch innen durch und durch rot werden! In diese Schule müssen wir nun unsere Kinder schicken! Was uns das höchste und heiligste ist, wollen brutale Hände unsere Kinder rauben! Verächtlich soll gemacht werden, j e r i z i l l m e r t, was Luther, Bach, Franke, Goethe, Schiller, Fichte in ihrer gemaltigen Größe empfunden, mit Kühner Tat, mit Leib und Leben verteidigt haben.“

Ein Mitglied des Lehrerkollegiums kritisierte an einem reichen Material die Gründung und die Kampfesweise der christlichen Elternvereine und besonders des Schreibers dieses Flugblattes. Genosse Vogt stellte fest, daß kein Mitglied des Elternrates oder der Lehrerschaft je von einem „Scheusal Gott“ gesprochen habe. Beide Redner verlangten unter stürmischen Beifall der Versammlung, die christlichen Elternvertreter möchten den Wahrheitsbeweis für die Behauptungen des Flugblattes antreten.

Und siehe, Herr Pastor K i e d n e r meldete sich zum Wort, drückte sich natürlich um den Wahrheitsbeweis und erging sich in leeren Ausschüften. Durch Zurufe aus der Versammlung in die Enge getrieben, mußte er aber schließlich zugeben, daß weder Lehrer noch Elternratsmitglieder einen solchen Ausdruck getan haben. Er will ihn angeblich als Zwischenruf (!) in einer Versammlung gehört haben. Und dann verwertet ihn der Mann in einer solchen Weise in seinem Flugblatt. Die Entrüstung über die Handlungswiese eines solchen Pastors war allgemein. Ein Herr Hübner vertiet noch, daß die Vereinigung noch nicht einmal einen Vorstand habe. Der Herr Pastor hatte also das Flugblatt im Namen einer Vereinigung geschrieben, die sich noch gar nicht einmal konstituiert hat!

Der Pastor Kiedner hat übrigens die Dreistigkeit besessen, einer Lehrerin gegenüber die geistliche Schulaufsicht wieder einzuföhren zu wollen. Als er dabei eine wohlverdiente Abfuhr erhielt, reichte er beim Schulaamt eine Denunziation ein. Von einer christlichen Mutter mußte er sich in der Versammlung sagen lassen, daß seine Anschuldigung der Lehrerin auf Unwahrheit beruht. Die stürmische Versammlung nahm schließlich gegen drei Stimmen folgende Entschlußung an:

„Die am 31. Januar 1921 tagende Elternversammlung der 38. Volksschule nimmt von dem Flugblatt der Vereinigung christlicher Eltern Kenntnis und schließt sich den Erklärungen des Elternrates und des Lehrerkollegiums an. Sie mißbilligt die ungerechtfertigten und herabsetzenden Angriffe auf den Elternrat und bedauert den, mit christlichen Anschauungen unverträglichem Versuch, durch aufreizende, die Wahrheit entstellende Flugblätter

das Vertrauensverhältnis zwischen Elternschaft und Schule zu untergraben.“

Wieviel Blamagen werden sich die Christlichen in ihrem Kampfe gegen die Weitsicht der Schule wohl noch holen? In allen Städtteilen sind sie schon gestäubt worden, nun haben sie auch im Norden ihren Lohn dahin!

Karl Gehrmann †.

Einer von denen, die in den letzten Jahren des Sozialismus geföhrt schon für die Sozialdemokratie Parteilarbeit verrichtet haben, ist durch den Tod unzer Organisation entzogen worden. Karl Gehrmann war nach Fall des Schandgesetzes im Jahre 1901 Mitgründer des Arbeitervereins zu L.-Döllitz und ununterbrochen bis vor einem Jahr für die sozialistische Arbeiterbewegung tätig. Die Lungentuberkulose, die wohl schon seit Jahren den sonst kräftigen Körper unseres Genossen unterminierte, zwang ihn auszulassen. Viel zu spät. Ein Aufenthalt in einem Sanatorium brachte keine Besserung, die Pflege trug zu sehr die Spuren der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Karl Gehrmann war nicht nur ein Lebensbejaher, ein Freund harmonischer Stunden im Genossenkreise, er stellte auch seinen Mann als Funktionär. Vor der Eingemeindung von Döllitz zu Leipzig bekleidete unser Genosse 7 Jahre lang das Amt eines Gemeindevorsetzers. Als Vorsitzender des Ortsvereins hat Gehrmann circa 20 Jahre gewirkt und ist damit in Döllitz der Hauptträger der Parteibewegung gewesen. Ueberall, wo es etwas zu tun gab, kam G. dem Rufe zur Mitarbeit nach, er konnte nicht ablehnen neben der Parteilarbeit bei den Arbeiterfängern und Turnern seine Kraft mit zur Verfügung zu stellen. Das Vertrauen der Genossen berief ihn auf den Posten eines Geschäftsführers des Konsumvereins L.-Döllitz und Umgegend. Gehrmann bekleidete diesen Posten seit 1900 und hat auch in diesem Amt nicht Rast und Ruhe gekannt. Nun ist der erst 54 Jahre alte unermüdete Kämpfer dahin, eine Genossin mit vier zum Teil noch unerzogenen Kindern zurücklassend. Die Familie hat einen herzensguten Vater, die Partei einen Genossen verloren, der der jüngeren Parteigenossenschaft als Vorbild dienen kann. Sein Andenken wird von der Leipziger Arbeiterschaft in Ehren gehalten werden.

Das Resultat der Kaufmannsgerichtswahlen.

Bei den Wahlen der Besitzer der Angestellten (es waren 40 Besitzer und 10 Erbskämmerer zu wählen) fielen gültige Stimmen auf:

Table with 2 columns: Liste (I-V) and Stimmenzahl (685, 3913, 616, 4892, 2588)

Es erhielten demgemäß:

Table with 2 columns: Liste (I-IV) and Sitze (2, 12, 18, 8)

Zusammen 40 Sitze.

Der Zentralverband der Angestellten hat also recht günstig abgesehen, da er im Jahre 1918 nur vier Besitzer erhalten hatte.

Wer verschwendet die Millionen?

In welcher gewissenloser Weise die Bevölkerung von der reaktionären Presse angelogen wird, zeigt ein Artikel der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom Sonntag. Dort wird behauptet, unsere Novembermänner (das heißt die Sozialisten) lebten und regierten lustig in den Tag hinein und verpulverten die Millionen! Es werden tatsächlich Millionen vergeudet, aber von der bürgerlich-kapitalistischen Reichsregierung und von der bürgerlichen Reichstagsmehrheit. So sieht der Nachttag der dieser Regierung an Ausgabe vor: 1825 Millionen Mark zur Beschaffung von billigen Mais: 277 Millionen Mark für Frühdruschprämiere; 50 Millionen Mark für Kartoffelablieferungsprämien; 5500 Millionen Mark zur Beschaffung von Auslandsgetreide, weil die deutschen Agrarier die Ernährung des Volkes sabotieren und das Brotgetreide dem Schmeinen geben. Hier liegt eine wahnsinnige Verschwendung der Reichsgelder vor. Dagegen wendet sich die reaktionäre Presse nicht. Alles billigt sie, dafür heßt sie aber gegen die Sozialisten, die diese unerhörte Wirtschaft brandmarken.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtoverordneten findet am 9. Februar, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über eine Eingabe wegen Gewährung von Zuschüssen zu den Gehältern der Lehrkräfte an den Leipziger Privatmädchenschulen; über eine Eingabe wegen des Religionsunterrichts in den Schulen; über die Rückübernahme des Rates wegen Neuordnung der Bezirke der Dienstwohnungen und anderer Sachverhalte der Schulhausmänner; über die Vereinigung von Kriegerältern mit Landgemeinden usw.; über die Eingabe wegen Überlassung eines Spielplatzes im Schönefelder Volkspark an den Arbeiterabnehmerbund Solidarität; über eine Eingabe wegen des Mißbehaltens rechts für die städtischen Arbeiter und Angestellten; über Neuaufrichtung der Gebühronordnung für Benutzung der Verkaufsstände usw. in der Markthalle, sowie des offenen Großhandelsmarktes.

Hauptkartenausgabe in den Bezirkskartensstellen. In der Zeit vom 8. bis 21. Februar werden die Karten der Reihe 43, die Zuckerarten, Reihe 20, und die neuen Kohlenkarten in den Bezirkskartensstellen ausgegeben. Die Bezirkskartensstellen befinden sich meist wieder in den bekannten Schulen usw., wo sie sich vor der Zentralisierung befanden. Da sie am 21. Februar wieder aufgelöst werden, muß jeder seine Karten unbedingt an den vorgezeichneten Tagen abholen. Die Bezirkskartensstellen geben nur die neuen Karten aus. Zu-, Um- und Wegzüge sind dagegen in der Zentralstelle, Schulstraße 1, zu melden.

Bezirkskartensstellen. Die Bezirkskartensstellen 1, 1A, 1a, 1b, 7, 7a und 14d befinden sich Markgrafenstraße 8, die Kartensstellen 20, 20a und 21a in der Schule Breitenfelder Straße 19/21 und die Kartensstelle 20b in der Neuperger Hallischen Straße 60. Die übrigen Bezirksstellen sind wieder in den bekannten Schulen usw. untergebracht, wo sie unmittelbar vor der Zentralisierung waren.

Elternabend, Neuschönfeld, 14. Volksschule. Mittwoch, den 9. Februar, abends 7 Uhr, in der Turnhalle, Lorenzstraße 2. Tagesordnung u. a.: Vortrag über Lebensübungen in der Volksschule. Referent: Herr Turnlehrer Kächner; hierbei turnerische Aufführungen der Knaben und Mädchen.

Erweiterter Sonderzugverkehr zur Leipziger Frühjahrsmesse. Die Bewältigung des Messerverkehrs zur Leipziger Frühjahrsmesse wird mit Hilfe eines erweiterten Fahrplans bequemer und umfangreicher als bisher durchgeführt werden können. Vorläufig sind Messenberühler ab München, Nürnberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Frankfurt a. M., Mainz, Köln, Düsseldorf, Münster,

(Westf.). Hannover, Hamburg, Altona, Rostock, Berlin, Breslau und Dresden, sowie ab Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Prag und Wien in Aussicht genommen. Nach den gleichen Orten gehen Milchsendungen von Leipzig aus.

Die elf städtischen Speiseanstalten haben im Monat Januar im ganzen 98241 Mahlzeiten verabreicht gegenüber 98264 im Monat zuvor.

**Berein für Mutterkürsch zu Leipzig.** Der 4. Mutterkürschkurs des Vereins Mutterkürsch beginnt am 12. Februar d. J. und findet regelmäßig jeden Sonnabend von 6 bis 7 Uhr abends im Vortragsaal Lessingstraße 4, I., statt. Ein fünfter Mutterkürschkurs über Erziehungsfragen beginnt am 9. Februar und findet ebenfalls im Vortragsaal Lessingstraße 4, I., statt. Eintrittskarten und Programme zu beiden Mutterkürschkursen sind zu haben in der Geschäftsstelle, Rathausring 7, part. I., die geöffnet ist wochentäglich von 9 bis 11 Uhr, außer Freitags.

### Lebensmittelkatalog für Dienstag, den 8. Februar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung, Kochmehl: Leichter Tag — abzugeben 9 R der Lebensmittelkarte R (250 Gramm). Ausgabe, K. Kartenabgabe: Nr. 1—200 in den Bezirksartenstellen.

Kohlenkarten für Gewerbe, Behörden usw. im Kohlenamt, Harzortstraße 3, II. Obergeschoss, 8—11 Uhr, Buchstabe Ba—Bc.

Kunsthonig: Leichter Tag — bestellt mit Marken 4 R der Lebensmittelkarte Reihe R. Kochmehl: Leichter Tag — bestellt mit Marken 5 R der Lebensmittelkarte Reihe R.

Weißengrieß: Leichter Tag — bestellt mit Marken 6 R der Lebensmittelkarte Reihe R. Für Händler.

Ausgabe von Milchmehl in der städtischen Molkerei, Friedrich-Liszt-Straße 11, Anfangsbuchstaben A—H.

### Polizeinachtichten.

P. Wer kennt den Toten? Aus Hähnchen bei Leipzig wird gemeldet, daß dort am 30. v. M. in der Weichen Elster der Leichnam eines 35 bis 40 Jahre alten, 1,65 Meter großen Mannes aufgefunden worden sei, der wie folgt beschrieben wird: Rundes, volles Gesicht, gesunde Zähne und eine Glatze. Bekleidet war der Tote mit einem Cutaway, W. H. gezeichneten Trikotschleife, Gummihandschuhen und schwarzem Selbstbinder. In den Kleidertaschen befanden sich folgende Gegenstände: ein Z. gezeichnetes weiches Taschentuch mit schmaler brauner Kante, eine Perlenkette aus schwarzer und brauner Masse sowie zwei Pappmarken, anscheinend Tanzmarken, von einem Ernst Koch, Frankenberg, sowie noch einige kleinere Gebrauchsgegenstände. Der Leichnam wurde in die Anatomie in Leipzig übergeführt, woselbst Näheres zu erfahren ist.

### Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turnverein Leipzig-Ostvorstadt.

Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Der Einwohnerdienst der städtischen Vororte geben wir hiermit zur Kenntnis, daß wir Dienstag, den 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, eine vierte Abteilung in der 17. Volksschule, L. Anger, Karl-Vogel-Straße, eröffnen.

Gleichzeitig geben wir unseren Turnplan bekannt und turnen unsere Abteilungen wie folgt:

1. Abteilung: 13. Volksschule, L. Meudnis, Marktstraße. Dienstag, von 6—7 1/2 Uhr, Anabenturnen; Dienstag, von 8—9 Uhr, Allgem. Abteilung; Mittwoch, von 7—8 Uhr, Vorturnerkurs; Donnerstag, von 6—7 1/2 Uhr, Mädchenturnen; Donnerstag, von 7—8 Uhr, Turnerkurs; Freitag, von 7—8 Uhr, Allgem. und Alters-Abteilung.

2. Abteilung: 25. Volksschule, L. Anger, Marktstraße. Dienstag, von 7—8 1/2 Uhr, Allgem. Abteilung; Freitag, von 8—9 1/2 Uhr, Anabenturnen; Freitag, von 9—10 1/2 Uhr, Allgem. Abteilung.

3. Abteilung: 20. Volksschule, L. Stills, Zweienfurter Straße. Dienstag, von 6—7 1/2 Uhr, Anabenturnen; Dienstag, von 7—8 1/2 Uhr, Allgem. Abteilung; Freitag, von 6—7 1/2 Uhr, Mädchenturnen; Freitag, von 7—8 1/2 Uhr, Allgem. Abteilung.

4. Abteilung: 17. Volksschule, L. Anger, Karl-Vogel-Straße. Dienstag, von 7—8 1/2 Uhr, Allgem. Abteilung; Freitag, von 7—8 1/2 Uhr, Allgem. Abteilung.

Der Arbeiter-Wassersport-Verband (A.-W.-V.) beabsichtigt auf seinem Oftern 1921 in Jena stattfindenden Verbandstage eine Form zu finden, die es ermöglicht, eine feste Organisation des gesamten Wassersports herbeizuführen, ohne daß die einzelnen Sportvereine (Schwimmen, Rudern, Segeln, Angeln usw.) in ihrer technischen Eigenart beschränkt oder durch besondere Beiträge belastet werden. Der A.-W.-V. ladet zu diesem Zwecke alle auf sozialistischem Boden stehenden Wassersportvereine obiger Art zur Teilnahme an seinem Verbandstage ein und sendet die hierzu erforderlichen Ausweise nach Anmeldung bei der Geschäftsstelle: Neuföhren, Hermannstraße 176, zu.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Gegen den Achtstundentag!

Die Dresdener Handelskammer hat sich immer mehr zu einem Sprachrohr für die profitabelsten sächsischen Unternehmer entwickelt. Besonders liegt ihr der Achtstundentag im Magen, gegen den sie schon wiederholt Sturm gelaufen hat. In einer erneuten Eingabe an das Wirtschaftsministerium voluminiert die Kammer gegen den Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter. Es heißt da: „Man könne über den Achtstundentag ja verschiedener Meinung sein. Er habe aber die wirtschaftliche Lage auf einen Tiefstand gebracht, der vorher nie gekannt worden sei.“ Mit anderen Worten: In allem Elend ist der Achtstundentag schuld.

Bemerkenswert aus dem Inhalt des „Gutachtens“ an das Ministerium ist noch folgende Stelle:

„Die in den Erläuterungen zu dem Gesetzentwurf gegebene Begründung, daß die Bestimmungen des Entwurfs zum wesentlichen Teil auf Beschlässe zurückzuführen seien, die auf der Hauptversammlung des Internationalen Verbandes der Arbeit bei dem Völkerverbund in Washington 1919 gefaßt worden seien und zu deren Einbringung in Gesetzesform die deutsche Regierung bis Januar 1921 verpflichtet sei, könne nicht als stichhaltig anerkannt werden. Es müßte hier doch zunächst einmal abgewartet werden, ob die anderen, an der Versammlung beteiligten Staaten, namentlich die wirtschaftlich besser als Deutschland dastehenden, diesen Beschlässe nachkämen. Sollten sich die schwebenden Verhandlungen nicht an die Beschlässe der Washingtoner Hauptversammlung halten, so hätte bei uns nicht nur der Erlaß des Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter zu unterbleiben, sondern es müßten auch die seit der Revolution erlassenen Bestimmungen über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter aufgehoben werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber den anderen Ländern nicht auf die Dauer unnötig gemacht werde. Unbeschadet dieser Stellungnahme würden jedoch für den Fall, daß der Gesetzentwurf infolge eines gleichen Vorgehens der wichtigsten anderen Industrielande auch bei uns einzubringen sei, zu einzelnen Paragrafen eine Reihe von Änderungen vorgeschlagen.“

Also: Um die Ausbeutungsfreiheit der Kapitalisten zu schützen und hohe Profite zu sichern, muß der Achtstundentag wieder beseitigt werden. Und wenn dieser Plan nicht völlig gescheitert, haben die Herren Scharfmacher schon Vorschläge bei der Hand, um etwaige Arbeiterbeschwerden von vornherein unwirksam zu machen.

Die Arbeiter werden diese sauberen Pläne zu durchkreuzen wissen.

### Verflechtung des sächsischen Arbeitsmarktes.

Die leichte Besserung des sächsischen Arbeitsmarktes im November hat im Dezember nicht angehalten. Vielmehr ist mit dem Abflauen des Weihnachtsgeschäfts ein starker Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften eingetreten, der auch in einer Abnahme der vermittelten Stellen zum Ausdruck kam. Als Folge ist für Ende Dezember eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosen zu erwarten. Die Lage wurde verschärft durch den Streik im sächsischen Steinkohlengruben. Wenn er auch nur 9 Tage dauerte, verurteilte er doch einen Ausfall von rund einem Drittel der Monatsförderung. Eine Anzahl Gas- und Elektrizitätswerke mußte infolge Kohlenmangels schließen, wodurch zahlreiche industrielle Werke in Mitleidenschaft gezogen wurden. In der Metallindustrie hat sich der Geschäftsgang gehoben mit Ausnahme von Plauen. Das Spinnstoffgewerbe war bis auf einzelne Zweige gut beschäftigt, doch blieb die Kostlage der Spinnerei- und Spinnindustrie im Vogtlande unverändert.

### Noch keine Baukostenzuschüsse für 1921.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird geschrieben: Durch die Presse ist kürzlich die Nachricht, daß der Hauptauschuß des Reichstages zur Förderung der Neubautätigkeit 925 Millionen Mark bewilligt habe. Da das Ministerium des Innern (Landeswohnsamkeit) daraufhin mit Anfragen und Anträgen auf Zusammenfassung von Geldern aus diesen Mitteln überhäuft wird, muß darauf hingewiesen werden, daß die Bewilligung dieser 925 Millionen Mark nicht die Bereitstellung neuer Mittel bedeutet, sondern lediglich die Einstellung der im Laufe des Jahres 1920 durch einzelne Betriebe bereits bewilligten und inzwischen restlos verbrauchten Beträge betrifft. Für 1921 sind gegenwärtig noch keine Baukostenzuschüsse verfügbar. Wenn auch mit Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß zur Förderung des Wohnungsbauwesens demnächst öffentliche Gelder wieder flüssig gemacht werden, so kann doch vor übertriebenen Hoffnungen nicht genug gewarnt werden; denn daß etwa der fast allerorten aufgetretene dringende Bedarf im laufenden Jahre auch nur in einem einigermaßen befriedigenden Umfang gedeckt werden könnte, scheint bei der gewaltigen Höhe der Baukosten so gut wie ausgeschlossen.

### Hilfsaktion für die Delsniger Opfer.

Um die Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der Opfer der furchtbaren Schlagwetterexplosion auf dem Heubitzschacht in Delsnitz recht großzügig und einheitlich zu gestalten, bitten wir alle für diesen Zweck gesammelten Gelder an das unterzeichnete Kartell unter Girokonto 428 der Gemeinde-Lugau einzuliefern. Die Verwaltung und Verteilung der Sammlung soll einem Ausschuss übertragen werden, bestehend aus dem Vorstande des Gewerkschaftskartells und je zwei Betriebsratsmitgliedern der beiden großen Betriebsvereine unseres Reviers und einem Betriebsratsmitglied vom Werk Pluto in Gersdorf. Für freundliche Unterstützung und werthervorgende Opferwilligkeit bitten, zeichnet Gewerkschaftskartell für das Lugau-Delsniger Kohlenrevier. J. A. Lohse, Vorst. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

### Ein Protest der Betriebsräte.

Am 2. Februar fand auf der Grube Vereinssied eine Betriebsräteversammlung der vier Schächte des Konzerns Deutschland statt, die sich mit der Unterlegung der Urteile der Explosion beschäftigte, die bis jetzt 56 Bergmänner getötet hat. Sie wandte sich gegen den Bericht des Herrn Robert Albert in der Zeitschrift.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Der Gesamtarbeiterrat der Gewerkschaft Deutschland in Delsnitz stellt mit Entrüstung fest, daß der Bericht, den der Vorgesetzte der Staatskanzlei Albert über das Grubenunfall in Delsnitz veröffentlicht hat, von Anfang bis Ende irreführend ist. Der Betriebsrat hat in der Sitzung, an der Vertreter der Behörden und Regierung teilgenommen haben, mit allen Mitteln der Bereinbarkeit und mit Sachkenntnis nachzuweisen versucht, daß ein Verstoß gegen die Interessen der Arbeiter nicht nachgewiesen ist. Selbst Direktor Dr. Witz hat damals zugegeben, daß die offen gefundene Lampe nicht unbedingt die Ursache des Unglücks ist. Um so mehr weist der Arbeiterrat die Enthaltungen Alberts zurück. In der am 2. Februar 1921 in Abt. Vereinssied stattgefundenen Gesamtarbeiterratssitzung wurde einstimmig beschlossen, daß Direktor Dr. Witz sich öffentlich zu der Veröffentlichung Alberts in der Presse darüber äußert, inwieweit er sich mit dem Bericht Alberts einverstanden erklärt.

### Zur Dresdener Zwangseingemeindung.

Der Prüfungsausschuß des sächsischen Landtags hat beschlossen, die Petition der Gemeinden Lohchwitz, Blawitz und Weißer Hirschen wegen der Zwangseingemeindung durch die vom Landtag am 18. Januar angenommene Entscheidung als erledigt zu erklären. Die Eingemeindungsverhandlungen zwischen der Stadt Dresden und den Gemeinden Blawitz, Lohchwitz und Weißer Hirschen haben unter dem Vorsitz des Kreisbauamts nunmehr begonnen. Die Verhandlungen nehmen einen glatten Verlauf. Soweit Meinungsverschiedenheiten bestehen, sind diese, nach einer Anhörung des Rates der Stadt Dresden, nicht so schwerwiegend Natur, daß nicht mit einer verhältnismäßig leichten Einigung gerechnet werden könnte.

Chemnitz. Die Stadtverordneten genehmigten 1 Million Mark zur Vornahme von Reparaturen an Wohnhäusern und für Maßnahmen zur Förderung der Produktion. In die Arbeitslosen soll fernerhin Holz zu billigen Preisen abgegeben werden. Nach langer Debatte wurde die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise von 70 Pfennigen auf 1 Mark für eine Fahrt genehmigt.

### Aus der Umgebung.

#### Gefrierfleisch-Verteilung im Bezirke Leipzig-Land.

Im Bezirke Leipzig-Land wird Gefrierfleisch von 30 Landwirten verteilt werden. Es entfällt etwa 1/2 Wd. auf den Kopf der Bevölkerung. Anmeldungen sind möglichst bei den Fleischverkaufsstellen des Bezirkes vorzunehmen, wo der Betreffende während der Fleischwanngewinnung sein Fleisch entnommen hat. Der Ladenpreis ist auf 14 Mark für ein Pfund festgesetzt.

#### Bezirksverband Grimma.

In der Woche vom 7. bis 13. Februar erhalten Versorgungsberechtigte 40 Gramm Butter zu 1 Mk. auf den Abschnitt 2 der Butterkarte.

18. Bezirk. Heute, Montag abend, 8 Uhr, veranstaltet der Schulnordrand im Schwarzen Jaeger eine Elternversammlung, in der die Lehrer Kluge, Reusch und Brück-Weiß-Gohlis über den Religionsunterricht und die Einheitschule sprechen werden. Daraus ist freie Aussprache vorgesehen. Es wird Gelegenheit sein, beide Meinungen in dieser Sache zu hören, und es ist recht zahlreicher Besuch zu wünschen.

1. Bezirk. Aus dem Gemeinderat. Als Vertrauensmann für die Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wird Gutsbesitzer Dietrich, als dessen Stellvertreter Gutsbesitzer M. Dietrich gewählt. Die Erhöhung der Grundsteuer wird abermals einstimmig beschlossen. Der Nachtrag VI zur Gemeindeverordnungsung ist zur Genehmigung an die Aufsichtsbehörde einzubringen. Genosse Schlegel berichtet vom Finanz- und Verwaltungsausschuß über die Verhandlungen, welche die Einführung der Grundwertsteuer in der Gemeinde behandelten. Nach längerer Aussprache wird dem Antrag zugestimmt, nach welchem die Einführung gefordert wird, einmütig durch die neue Grundsteuer aufgebracht werden, wie es bei Grundsteuer e n h e i t e n, der Fall war. Eine stärkere Belastung des Grundbesitzes kommt dabei nicht in Frage, nur wird sich eine Verchiebung zu hoffentlich gerechterer Verteilung bemerkbar machen. Bisher waren die Einheiten gleichmäßig, ob auf minderwertigem Grund und Boden oder auf hochwertigem Industrie- bzw. Steinbruchgebiet ruhend, mit gleich hohen Sätzen belastet. Diese Ungleichheit in der Wirkung der Steuer zu beseitigen waren unsere Genossen schon früher bestrebt, aber die damalige fast ganz bürgerliche Gemeindevertretung brachte nicht genügend Verständnis auf und ließ die Einführung der Grundwertsteuer auf die lange Bank. Unsere Genossen gaben den erneuten Anstoß und brachten somit ein veraltetes Steuersystem zu Fall. Am 1. April d. J. soll die neue

Steuerart zur Anwendung gelangen. Die bezirksliche Genehmigung ist nachzulegen. Genosse Schlegel gab einen eingehenden Bericht über die Kartoffelsteuer und das Verhalten der Erzeuger und ihrer Bezugsorganisation. Unter dem Druck der Verhältnisse im Herbst hatten die Vertreter der Landwirte Versprechungen gegeben, jetzt aber denken diese gar nicht mehr daran, auf ihre Mitglieder in der verprochenen Weise einzuwirken und die Kartoffelsteuer sicherzustellen. Die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft in Dresden verlangt sogar von der Gemeinde für die an diese gelieferten Kartoffeln pro Zentner 1,50 Mk. Selbst die am Orte verbliebenen Kartoffeln werden mit in Unfug gebracht. Wenn Privatvereinbarungen mit Hilfe der Regierung solche Geschäfte machen können, so braucht man sich über hohe Preise nicht zu wundern. Der Gemeindevorstand soll mit den Gemeindevorständen nach Beucha zu liefern haben, in Verbindung treten. Es kann sich nur um einen letzten Versuch handeln, die betreffenden Erzeuger zu überzeugen zu veranlassen. Scheitert auch dieser, dann dürfte die Lanamut der Verbraucher wohl am Ende sein. Weiteres zur Erlangung von Kartoffeln wird getan werden müssen. — Von der Mitteilung der Thür. Gasgesellschaft, daß der Gaspreis abermals erhöht wird, nimmt man Kenntnis. Ueber die notwendig gewordene Erhöhung des Wasserpreises soll der Finanzausschuß nochmals näher beraten und Berechnungen aufstellen. Der Gemeindevorstand macht von der zwangsweisen Räumung der Wohnung bei Niemann Mitteilung. H. T. beantragt Eingreifen des Gemeinderates in seinen privaten Wohnungstreit, aber durch schlechte Erfahrungen gewarnt, lehnt es der Gemeinderat ab. — Die bakteriologische Untersuchung des hiesigen Leitungswassers ist sehr befriedigend. Das Wasser ist völlig einwandfrei befunden worden. Gegen die Anlage ist nichts einzuwenden. Durch dieses Ergebnis können selbst starke Zweifler beruhigt sein.

2. Bezirk. Aus dem Gemeinderat. Bekanntgegeben wird, daß die Amtshauptmannschaft den 6. Nachtrag zur Gemeindeverordnungs-Ordnung über Besteuerung des Mindesteinkommens beschworben will, daß ferner die Thüringer Gasgesellschaft eine Erhöhung des Gaspreises ankündigt. Beantwortet wird das Gesuch des Tierarztes Wulch in Delsitz um Zulassung als wissenschaftlicher Fleischbeschauer. Die Zulassung der Ausschüsse bleibt wie bisher; Herr Herbst wird an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Biebrich dem Feuerlöschausschuß zugeteilt. Zum Spritzenmeister wählt man Herrn Sattlermeister O. Winkler. Zum Stellvertreter Herrn Paul Schäfer. In die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wird Herr Bürger als Vertreter, Herr Kobenberg als Stellvertreter wiedergewählt. Die Erwerbslosen-Unterstützung soll ab 1. Januar 1921 nach den neuen Sätzen der Ortsklasse B gezahlt werden. Weiter soll dabei gewirkt werden, daß die Zahlung nach Ortsklasse A baldigt erfolgen darf. Fräulein Schröder hat einen außerordentlichen Krankenwagen gekauft, der bei Bedarf unentgeltlich anfallen werden kann. Bedauert wird endlich die Ansicht verchiedener Einwohner, daß die Erhöhung der Grundsteuer darauf zurückzuführen sei, daß die Teilnahme der Gemeindevorsteher an den Gemeindevorstellungen bezahlt werde. Dieses Amt ist nach wie vor ehrenamtlich und wird daher unentgeltlich verwaltet. Nur für Auszubildenden, die meist mit Zeit- und Geldverlust verbunden sind, werden 3 Mark gewährt.

3. Bezirk. Am 27. Januar tagten zum ersten Male die Stadtverordneten. Der Vorsitzende begrüßte die Versammlung und wünschte ein gedeihliches Arbeiten im kommenden Jahre. Er erstattete sodann den Bericht über das vergangene an Sitzungen reiche Jahr. — Das Bureau bleibt auf Wunsch in seiner alten Zusammenlegung bestehen. Desgleichen werden die Kommissionen durch Wunsch fast ausschließlich wiedergewählt. Einige werden um ein Mitglied vermehrt. Als Beisitzer zum Mitgliedsauschuß wird an Stelle des Stellvertreters Herrn Meyer Herr Direktor Kron gewählt. — Für die Benutzung der Turnhalle des Turnbundes Vater Jahn durch die Schüler der hiesigen Volksschule werden 1000 Mk. gefordert und bewilligt. — Im Jahre 1914 war die Legung einer Lichtleitung in der Döhliger Straße beschlossen worden. Durch Ausbruch des Krieges war die Ausführung unterblieben. Die Besitzer des Bürgergartens und Waidlatter sowie der Viehhändler Meyer als Interessenten haben sich verpflichtet, je 2500 Mk. zu den entstehenden Kosten beizutragen, die Straße selbst erhält drei Brennstellen. Die Anlage wird in eigener Regie ausgeführt. Die entstehenden Kosten bis zu 10 000 Mk. wurden bewilligt. — Die Stadt plant ein zweites Gruppenwohnhaus mit 18 Wohnungen zu errichten. Die Bauarbeiten sind im Gange. Zur Beschaffung von billigem Bauholz wurde die Summe von 140 000 Mk. bewilligt. — Die Mehrzahl der Pächter von Schrebergärten war an den Magistrat herantreten, auch die innere Einfriedigung an Quer- und Längswegen auf städtische Kosten ausführen zu lassen. Dem Wunsch soll durch eine Vorlage insoweit entgegengekommen werden, als die Stadt sämtliches Einfriedigungsmaterial, einschließlich Nagel und Beschlag, liefert. Die Pächter müssen aber die Arbeiten selbst ausführen. Der Pachtpreis wird sich demnach um 6 Pfg. pro Quadratmeter erhöhen, so daß im ganzen 28 bis 30 Pfg. pro Quadratmeter einschließlich Wasserverbrauch, zu zahlen sein werden. Die entstehenden Kosten in Höhe von 38 000 Mk. wurden bewilligt. — Zur Kenntnis genommen wird, daß im Bahnhofsgebiet fünf Wohnungen eingerichtet worden sind, und große Dachreparaturen vorgenommen werden mußten. Die Gesamtkosten betragen 60 000 Mark.

Nach Schluß der Tagesordnung wurde vom Genossen L. Behold die Arbeitslosenfrage und die Schreibweise des Scheuditzer Tageblattes einer scharfen Kritik unterzogen. Bei dieser Gelegenheit kam Leben in die Versammlung. Genosse Behold wies an der Hand von Material nach, daß die hiesigen Arbeitgeber den Arbeitsnachweis sabotieren. Unterstützt werden sie durch das Scheuditzer Tageblatt. Im letzten Vierteljahr sind circa 130 Personen, die außerhalb Scheuditz wohnen, in Arbeit genommen worden. Kommt es zu erregten Ausritten durch die Arbeitslosen, so tragen die Arbeitgeber die Schuld. Aber auch die Betriebsräte sind nicht auf der Höhe. Sie müssen Einstellungen und Entlassungen scharf kontrollieren. Scharf kritisiert er die geschäftliche Schreibweise des Scheuditzer Tageblattes und bezeichnet es als Schmutzabdruck, nicht nur im redaktionellen, sondern auch im Inseratenteil. Herr Karl Fejniger brachte eine Lanze für die Arbeitgeber und das arg zermalnte Scheuditzer Tageblatt. Im Leninianon — er war ehemals Offizier — versuchte er den Genossen Behold zu schulmeistern. Es bekam ihm aber übel; denn wir waren doch nicht auf dem Kaiserhofe, und das hatte Herr Fejniger jedenfalls verwechselt. Die Arbeiter tun gut, das Scheuditzer an ihren Wohnungen zu entfernen.

Am 28. Januar tagte im Ratstafel eine gutbesuchte Elternversammlung, um Stellung zur Einführung der weltlichen Schule in unserm Orte zu nehmen. Herr Lehrer Gieseler-Wahren hatte das Referat übernommen. Ausgezeichnete Vorstand er es, das Volkstümliche des jetzigen Religionsunterrichts den Eltern vor Augen zu führen. Unser Jugend drohen ganz andre Gefahren als den vergangenen Geschlechtern, und deshalb gilt es, schon während der Schulzeit die Kinder durch guten Sitten- und Moralunterricht, eingestuft auf das praktische Leben, so wie der Staat es von jedem Bürger verlangt, zu festigen. Volksgenossen mit Religionsphrasen, kann die schulentlassene Jugend nichts anfangen. Zu beobachten ist, daß dieser Ballast sofort über Bord geworfen wird; ein Zeichen, daß die Kindesseele nichts damit zu tun haben will. Herr Lehrer Mehl und Rektor Müller machten ergänzende Ausführungen. In der nächsten Zeit soll eine Hausagitation einleiten, an der sich außer dem Elternrat recht viel Genossen und Genossinnen beteiligen mögen, damit mit Beginn des neuen Schuljahres ein neuzeitlicher Moral- und Sittenunterricht an Stelle des Religionsunterrichts erteilt werden kann.

### Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben. Die Expedition.

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

VIII

Ja, zwei Amerikaner besanden sich im Granattrichter. Jimmie hatte ihrer so viele Tausende gesehen, daß er seiner Sache gewiß war. Im Vergleich zu den kriegsversehrten Poilus muteten sie wie Soldaten aus einem Modestück an; glatt rasiert, mit langem Kinn, schmalen Hüften und andern Eigenheiten, die einem zum Bewußtsein brachten, daß die eigene Heimat doch die Heimat und der beste Ort auf der Welt sei. Und oh, die herrliche, geschäftliche Genauigkeit dieser Modestück-Soldaten! Sie sprachen kein Wort, sahen sich nicht einmal um, warfen sich nieder und begannen zu schlafen. Man brauchte gar nicht nachzuschauen, ein Blick auf die Gesichter der beiden genügte, um zu wissen, daß sie auch trafen.

Nach etlichen Minuten sprangen zwei weitere Amerikaner in den Trichter, ohne ein Wort oder ein grüßendes Nicken gingen sie an die Arbeit; als die Munition ausgehen drohte, lachte einer in den Wald hinein, und ein Mann kam mit neuem Vorrat gelaufen.

Später kamen noch drei; es mußte bereits weniger Deutsche geben, denn die Neugekommenen fanden Zeit zu sprechen.

„Wir hätten dort hinter einer Linie halten sollen“ — bemerkte der eine — „aber, zum Teufel...“

„Es sind noch mehr Deutsche vor uns“ — warf ein anderer ein. „machen wir uns an sie heran.“

„Ja, ebensogut jetzt wie später.“

„Bleib du nur da und laß dir den Finger verbinden“ — rief der erste.

„Rümmere dich um deine eigenen Finger!“ — lautete die Antwort.

Und dann entdeckte einer Jimmie. „Das ist ja ein Yankee! Was machen Sie denn hier?“

„Ich bin Motorfahrer“ — entgegnete Jimmie. „Man hat mich mit Landkarten nach einer Batterie geschickt, doch glaube ich, daß sie längst erobert ist.“

„Sie sind verwundet?“

„Ganz leicht“ — erwiderte Jimmie schier entschuldigend. — „Es ist auch schon lange her.“

„Gehen Sie nur zurück, jetzt sind wir hier, es wird schon alles gut werden.“ Dies ward keineswegs prahlerisch gesagt, sondern als etwas ganz Selbstverständliches. Der Sprecher war fast noch ein Knabe, ein rosiggesichtiger Junge mit häßlicher, kleiner Stumpfnase, unzähligen Sommerprossen und einem großen, grinsenden Mund; dennoch deutete er Jimmie der schönste Wunsch, den er jemals gesehen hatte. „Können Sie gehen?“ fragte er.

„Freilich“ — meinte Jimmie.

„Und die Franzosen? Verstehen Sie diese verdammte Sprache?“ Jimmie schüttelte den Kopf. Der amerikanische Soldat wandte sich an die langhaarigen Gefellen. „Gehet zurück, wir brauchen euch nicht.“ Und da sie ihn verständnisvoll anstarrten, „Polly wi Franzos?“

„Oui, oui!“ — riefen sie einstimmig.

„Gut, geht zurück, geht nach Haus, schlafen, rasten, wir Feinde schlagen.“ Als die Poilus dieses „Französisch“ nicht begriffen, half ihnen der Amerikaner aufstehen, zeigte nach hinten, klopfte ihnen auf die Schulter und grinst bis zu beiden Ohren. „Gute Jungen! Geht heim! Amerikaner! Amerikaner!“ Als wollte er sagen, in diesem Kriege hat Frankreich genug geleidet. Die Poilus schähten über den Trichter hinaus und sahen eine Schar Modestück-Soldaten heranströmen, sich hinwerfen und feuern. Mit dankbaren Hundeblickten sahen sie auf den rosiggesichtigen Jungen, griffen nach Flinten und Tornister, humpelten von dannen, Jimmie stehend, der sich lächelnd sehr schwach fühlte und fürchterliche Kopfschmerzen hatte.

IX.

Jimmie hatte häufig von amerikanischen Soldaten ein Lied gehört: „Die Yankees kommen!“ Jetzt mußte es heißen: „Die Yankees sind da!“ Der ganze Wald, in dem Jimmie auf seinem Rad umhergeirrt, war voller frischer, glattrasteter, gut gefellender Poilus, die auf ihren ersten Zusammenstoß mit dem Hunnen brannten. Seit vier Jahren hatten sie von ihm gehört, ihn hatten gelernt, seit anderhalb Jahren bereiteten sie sich auf den Kampf mit ihm vor. Nun waren sie losgelassen und durften vorgehen. In endlosen Automobillinien kamen die amerikanischen Soldaten heran, auch Marine-Soldaten waren darunter, „Lebenaden“ nannte man sie. Sie waren um 4 Uhr morgens ausgefahren, zusammengepackt wie Sardinen, nun endlich hielten die Lastautomobile an, und die Sardinien sprangen heraus.

Erst viel später begriff Jimmie, welchem Welt drama er belagert wurde. Seit vier Monaten war das Angeheuer, stetig wie ein Wellbrand, gegen Paris vorgezogen, hatte Verwüstung und Elend im Gefolge gehabt — das Angeheuer mit dem Ingenieursgehirn. Die Welt hatte bebend den Atem angehalten; fiel Paris, so bedeutete dies das Ende des Krieges und aller Dinge, die freie Menschen wert. Hier nun hatten die Deutschen den letzten entscheidenden Sturm gewagt, die französischen Linien hatten geschwankt, nachgegeben, und im verzweifeltsten Augenblick waren die Amerikaner eingedrungen.

Der Befehl hatte gelaute: „Unter allen Umständen aufhalten!“ Doch genügte dies den Amerikanern nicht, sie gingen zum Gegenangriff über, die Deutschen wichen zurück. Der Stolz der preußischen Armee war gebrochen worden durch diese neuen Truppen von der andern Seite des Ozeans, die von allen Preußen verhöhnt, deren Erstzügen von ihnen abgelehnt worden war.

„Froh“ vermochte sich nicht von diesem Schicksal zu erholen: er eroberte keinen Fußbreit Land mehr, wich allmählich zurück bis an den Rhein. Und dies hatten die Yankees vollbracht — die Yankees mit Jimmie Higgins Hilfe. Denn Jimmie Higgins war zuerst dort gewesen, er hatte die Befestigung gehalten, bis die Yankees kamen! Hätte er nicht beim Maschinengewehr ausgehalten, sich nicht im Granattrichter gebuddelt und von dort aus mit Flinten und Revolver auf die ankommenden Deutschen geschossen, hätte er sie nicht diese Stunde aufgehalten — sie hätten vielleicht die Position überzogen, die Yankees wären zu spät gekommen, der Sieg von Chateau Thierry würde nicht durch Jahrhunderte fortgingen. Der ganze Wellenlauf hätte sich anders gestaltet, wäre nicht ein kleiner sozialistischer Maschinist aus Leessville, U. S. A., durch den Wald geirrt, auf der Suche nach einer märchenhaften, nie gefundenen „Batterie Numero Cinque“.

(Vorfesung folgt.)

Ueber die Arbeitsschule.

Von Lehrer Otto Erler.

X.

Wer sich irgendwie mit Schulangelegenheiten befaßt, der hört das Wort Arbeitsschule. Aber die meisten Leute, die es hören, denken sich wenig dabei. Sie denken weißt an den Handfertigkeitsunterricht in der Schülerwerkstatt, wo die Schüler jo ganz nebenbei auch einige Handgriffe lernen, mit einigen Werkzeugen umgehen und so manchen mehr oder weniger hübschen Gegenstand mehr oder weniger hübsch anfertigen.

Wenn die Arbeitsschule nichts weiter wäre als das, so dürfte man doch wohl nicht so viel Wesens davon machen. Dann brauchte man keineswegs noch eine (stetlich kostspielige) Versuchsschule. Nein, in der Arbeitsschule ist der ganze Unterricht nach Inhalt und Form auf den Begriff der Arbeit eingestellt. Nicht das ist das Ziel der Arbeitsschule, daß das Kind eine möglichst reichliche Menge von Kenntnissen sich aneignet (die leicht wieder vergessen werden), sondern, daß möglichst alle geistigen und körperlichen Kräfte ausgebildet werden, und daß es lernt, seine Kräfte im Dienste der Gemeinschaft als deren wertvolles Glied zu betätigen. Darum muß unsere Hauptforse sein, daß aus jedem Kinde ein geistig und körperlich gesunder, tatkräftiger, stichlich tüchtiger Mensch wird.

Wenn man recht aufsieht, findet man kaum ein normales Kind, das nicht irgendwelche der Ausbildung würdigen Fähigkeiten und Neigungen zeigt. Ein Kind kann noch so schwerfällig im Lernen sein, es kann doch körperlich geschickt, behend, ausdauernd, mutig sein; es kann Beobachtungsgabe besitzen, rasch zur Tat entschlossen sein; sich selbst beherrschen; es kann Freude an der Natur oder an den Werken der Kunst empfinden, es kann besondere Lust zum Zeichnen, zum Formen, zum Darstellen haben; es kann durch seinen kameradschaftlichen Sinn und seine Hilfsbereitschaft für die Gemeinschaft viel wertvoller sein als ein andres Kind, das ein Musterkinder ist, weil es immer fleißig lernt, und zwar möglichst immer das, was es lernen soll.

Unsre ganze Schularbeit soll in der Arbeitsschule eine ganz andre Gestalt annehmen. Unsre Kinder sollen nicht mehr fast die ganze Schulzeit mit schön gefalteten Händen in der Schulbank sitzen und hören und sehen und merken. Sondern wir wollen möglichst oft hinausgehen, wo sich das Leben abspielt, vor allem, wo gearbeitet wird. Wir wollen selbst arbeiten — körperlich und geistig — im Garten und auf dem Felde, in der Werkstatt und im Laboratorium; wir wollen messen, schätzen, kizzieren draußen im Freien, wir wollen zeichnen und berechnen, auch in Büchern und Zeitungen lesen, physikalische, chemische und biologische Versuche machen. Unsre Beobachtungen und Erfahrungen wollen wir gegenseitig klären durch freie Aussprache, durch Nachbildungen, Zeichnungen, Berechnungen, Zeichnungen, durch Herstellen von Modellen. Was ein Kind nicht auf sprachlich darzustellen vermag, das soll es durch eine Zeichnung, durch eine einfache Nachbildung oder sonstige ausdrücken. Wir wollen ihm die Augen öffnen für die Schönheit der Natur, für die Gesetzmäßigkeit alles Naturgeschehens; wir wollen es auch an Bauwerke, in die Museen und sonstige Stätten der Kunst führen. Erzählung und Vortrag von Geschichten, Märchen, Sagen, Gedichten, Gesang und Musik schließen sich an die Arbeit an oder unterbrechen und begünstigen sie. Also Bewegung, Tätigkeit, Freiheit, Lust, Freude — kurz: Leben soll in der Schule herrschen.

Unsre Schulbänke freilich sind zu solcher Arbeit so wenig wie möglich geeignet. Sie sind so eingerichtet, daß sie die Kinder zwingen, nach militärischer Art in Reih und Glied gerade und still zu sitzen, die Hände zu falten und den Blick möglichst starr auf den Lehrer zu richten. Wir wollen für die Arbeitsschule — mindestens für die oberen 4 Schuljahre — Tische und Stühle haben.

In der gegenwärtigen Schule sind die Klassen keine Arbeitsgemeinschaften. Zwischen den Schülern unter sich und zwischen ihnen und dem Lehrer bestehen Schelwände, und seien es auch nur Tischblätter. Aber es muß jedes Kind hübsch für sich bleiben, nur für sich arbeiten, sich belächeln nicht um den Nachbar bekümmern! In der Arbeitsschule arbeiten wir alles gemeinsam, sogar die Rechenaufgaben und die schriftlichen Arbeiten. Die Schüler helfen, raten, unterstützen einander, wo und wie sie nur können. Wir bilden kleine Arbeitsgemeinschaften, die aber natürlich untereinander in Beziehung und Austausch treten. Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft wird jedem Schüler weitgehende Freiheit gelassen; jeder kann vorzugsweise die Arbeiten machen, die ihm am meisten zuzagen. Die Rangordnung nach Zensuren wird abgeschafft. Die Schüler arbeiten doch nicht um Zensuren, oder Rangplätze oder um das Wohlgefallen des Lehrers zu erlangen. Für die persönliche Zichtigung kann nach Durchführung der Gemeinschaftsarbeit vollkommen verzichtet werden. Die schärfste und wirkungsvollste Strafe ist der Ausschuß von der Arbeit.

So ist die gemeinschaftliche Arbeit von besonderem Wert für die sittliche Erziehung der Kinder. Sie ist eine feste praktische Willensbildung. Hindernisse und Schwierigkeiten bei der Arbeit werden nicht umgangen, sondern überwunden. Die gemeinsame Freude über den Erfolg stärkt den Willen.

Der Religionsunterricht, zumal der konfessionell-dogmatische, kann nie und nimmer die Grundlage der sittlichen Erziehung bilden. Er muß verjagen und hat wirklich verjagt. Er kann dem Kinde nie Gelegenheit zu unmittelbarem sittlichen Handeln geben. Er kann vielleicht zur Einsicht, vielleicht auch zum Vorlaß führen. Aber ein altes Sprichwort sagt: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorläßen gepflastert. Der Religionsunterricht macht die Sittlichkeit abhängig von dem Glauben an das Warten eines persönlichen Gottes und an etn menschliches Fortleben im „Jenseits“. Die Kirche glaubt die Sittlichkeit zu erzeugen, indem sie Lohn verheißt und Strafe androht. Aber das ist keine wahre, freie, selbstgewollte Sittlichkeit, also streng genommen überhaupt keine Sittlichkeit. Uebrigens sind gerade diejenigen, die ihre kirchlich-religiöse Gesinnung besonders betonen, oft keine sittlichen Persönlichkeiten, am allerwenigsten im Sinne des biblischen Christus, der da gesagt hat: Liebet eure Feinde usw. Mit welchem Haß verfolgt die Kirche alle Andersgläubigen! Wie sucht sie alle diejenigen zu drangsalieren, zu schikanieren, die sich von ihr abgewandt haben! Zwar der Schelwenderhaufen steht ihr nicht mehr zur Verfügung, aber die Hungerpeinliche tut auch das Ihre! Wie nimmt sich die Kirche gerade derjenigen an, von denen es heißt: Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, denn daß die Reichen ins Himmelreich kommen!

Kleine Chronik.

Arbeiter-Bildungsinstitut.

Musikalische Kindernachmittage.

Einige Worte zu unsern musikalischen Kindernachmittagen. Wilhelm II. sagte: Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser. Das war seine Ansicht vom imperialistischen Räuberstandpunkte aus. Wir Proletarier vertreten einen edleren, höheren Standpunkt: Unsre Zukunft liegt in den Kindern, in der nächsten Generation. Bisher waren selbst die Kinder von der kapitalistischen Ausbeutung nicht verschont; dadurch wurden im Proletariatskinder die geistigen und künstlerischen Begabungen unterdrückt. Das Arbeiter-Bildungsinstitut hat sich nun die Aufgabe gestellt, in Jugendkonzerten dem Kinde zu geben, was sein Herz und seine Seele verlangen. Darum, ihr Eltern, führt eure Kinder in diese Konzerte, haltet sie vom Kino fern und unterstützt den hohen Zweck, den sich das Arbeiter-Bildungsinstitut damit gestellt hat: Wenn Kinde mit der geistigen und künstlerischen Erziehung zu beginnen, um eine geistig hohe Generation zu erziehen zum Heil des Proletariats!

Nun zu euch, liebe Kinder. Soll ich euch eine wenig davon erzählen, was ihr zu hören und zu sehen bekommt? Ihr dürft

nicht aber nicht verraten! Also im Vertrauen: was hört ihr denn gern? Gesang! So — nun ihr sollt ihn haben und werdet an den reizenden Liedern, die euch Tilla Schmidt-Biegler vorsingt (ihr kennt die Gute doch vom letzten Jahre?), viel Freude haben. Was hört ihr denn noch gern? Märchen! Auch die sollt ihr hören, und die liebe Nora-Nitsch-Schindler will euch die aller schönsten erzählen, vom kleinen Häwel — o weh, ich hätte ich bald zu viel verraten. Nun Kinderchen, wisst ihr denn wer euch auch sehr lieb hat? Das ist Anna Eisfeld! Sie wird euch am Klavier liebliche kleine Tänze vorspielen, und ihr müßt da recht ruhig liebliche kleine Tänze vorspielen, und ihr müßt da recht ruhig liebliche kleine Tänze vorspielen, und ihr müßt da recht ruhig liebliche kleinen Notenheft der Anna Magdalena Bach euerem Herzen und euerem Ohr viel Freude bereiten werden. Und wenn ihr da nun recht schön zugehört habt, sollen die Kinder in eurem Alter euch vortanzen. Ich möchte euch bei diesen Tänzen auf etwas Schönes aufmerksam machen! Diese Tänze nennt man Rhythmusbewegungen. Ihr sollt dabei lernen, daß euer Körper sich leicht biegt, elastisch und grazios, wie man sagt, euer Körper sich leicht soll; ein schöner Tanz darf nicht gehüpft und gepunzt werden, sondern muß sich biegsam dem Takt (Rhythmus) anschmiegen. Ihr alle wisst doch, wie leicht und schön ein Vöglein fliegt; paßt nun auch einmal recht schön auf, und ihr werdet sehen, daß die kleinen kleinen Mädchen im „Vöglein“ ganz wunderschön das leichte, elastische Fliegen eines Vögels vortanzen können!

Zweiter Vortragsabend von Dr. Ludwig Wöllner. Auch diesmal war es eine reine Freude, die Großen der Literatur, Goethe, Schiller und Gotfried Keller, in modernem Gewande zu erblicken. Wöllners Vortragstechnik ist meisterhaft, seine Art der Auffassung wird einerseits dem Charakter der Dichtungen gerecht, trägt aber andererseits manche Züge modernen Empfindens in sie hinein. Es ist wohl unser Zeit, einer Säkularität im Sinne der bisherigen Kulturentwicklung, vorzuziehen, dieses tiefe Verständnis für die Kunst vergangener Zeiten (und ganz fremder Kulturen) aufzubringen, wie es an diesem Abend hervortrat. Eine Zeit, die ganz mit ihrem eigenen Drängen beschäftigt ist, eine Zeit des Aufstiegs, kann dieses tolerante Verstehen und Einfühlen nicht haben. So konnte dieser Abend ein Symbol sein für den Abend, an dem die ganze bisherige Kultur und Kunst steht.

Zweiter Vortragsabend von Gustav Herrmann. Herrmanns heitere Vortragskunst steht durchaus auf künstlerischer Höhe. Sein flottenweise etwas sprödes Organ, das aber vollständig gemeistert wird, eignet sich gerade für den Humor und die Satire. Sein Programm war dabei literarisch einwandfrei und wertvoll, so daß man sich ohne jedes innere Widerstreben gern der Heiterkeit hingeben konnte, die seine Vorträge wahrhaften. Dabei ward einem die Minderwertigkeit unsrer modernen „Humors“, wie er sonst gewöhnlich geboten wird, besonders bewußt. Ob das Publikum den Unterschied spürte, muß allerdings etwas bezweifelt werden.

Konzerte. Stefan Askenase gab, begleitet von Dr. Egon Perez, seinen 2. Violin-Abend. Auch diesmal erwies er sich als ein ausgereifter Künstler, der von hohem musikalischen Ernst besetzt ist. Alles Technische ist für ihn Spiel, das der tiefen musikalischen Durchdringung des Kunstwerkes teillos untergeordnet wird. Es klingt immer, als wäre sein wunderbarer Ton eine Selbstverständlichkeit und nicht das Produkt langer technischer Übung. Da Egon Perez ein Pianist und Begleiter von gleichen Qualitäten ist, hinterließ der Abend den Eindruck einer ungetriebenen Freude. — Der 2. Kammermusikabend des Busch-Quartetts war Beethoven und Reger gewidmet. Man hatte den Mut gehabt, das Programm auf nur zwei Stücke zu beschränken, das Cis-Moll-Quartett, Op. 131, von Beethoven, und das A-Moll-Kleinquartett von Reger. Diese Beschränkung, die allerdings durch die „göttliche Länge“ der beiden Werke wieder etwas ausgeglichen wurde, sei zur Nachahmung empfohlen. Unsre etwas spielerische Künstlerlichkeit pflegt dem Hörer gemächlich viel zu viel zuzumuten. Allerdings hätte man das Busch-Quartett, ohne Ermüdung zu merken, noch lange weiterspielen hören können. Das Spiel dieser Künstler ist so zwingend, daß es von Anfang bis zu Ende in seinen Bann. Es erübrigt sich, etwas Weiteres über den Abend zu sagen, als daß er einer der köstlichsten in diesem ganzen Konzertwinter war.

Mitteilung der Städtischen Theaterintendanten. Die seit mehreren Jahren nicht mehr gegebene Oper Dithyrambe von Verdi wird am Sonntag, dem 20. Februar, neu einstudiert wieder in den Spielplan aufgenommen. Ebenso ist für den 1. März Wobers Oberon, musikalisch neu einstudiert, in neuer Fassung, vollständig neuer Inszenierung und Ausstattung vorzuführen. Nach der Waise folgt als nächste 1. Novität die Oper Der Schatzgräber, von Franz Schreder, zu welcher die musikalischen Proben bereits im vollen Gange sind.

Die Aufführung von Rolf Lautners Drama Wahrheit findet im Alten Theater Freitag, den 11. Februar als öffentliche Vorstellung statt. Für Mitglieder des Schillervereins gelten an diesem Abend die Karten mit dem Aufdruck 4a. Weitere Aufführungen von Wahrheit, in denen wiederum die Karten des Schillervereins gelten, sind Sonnabend, den 12. Februar (4b), Sonnabend, den 19. Februar (4c), Montag, den 21. Februar (4d), Mittwoch, den 23. Februar (4e).

Schauspielhaus. Strindbergs Vater, der am Donnerstag, 10. Februar, anlässlich des Wegener-Gastspiels wieder in den Spielplan aufgenommen wird, ist in den Hauptrollen folgende Besetzung: Wegener spielt den Wittmeister, ein zweiter Gast, Frau Steuermann-Biertel, vom Dresdner Landestheater, die Laura. Es sind weiter beschäftigt: Käthe Frank-Witt (Bertha), Robert Birt (Dr. Defermarkt), Alfred Bökel (Pastor), Stella David (Margarethe), Reinhold Balog (Nöjd). — Regie: Robert Birt.

Am Sonnabend, 12. Februar, findet die Erstaufführung von Sudermanns Kaschhoffs statt. Wegener spielt den Rittersgutsbesitzer Kaschhoff. In der Rolle des Bernhard wird sich Herr Litke vom Thalia-Theater in Hamburg als Gast auf Anstellung vorstellen. Die übrigen Rollen sind besetzt mit Grete Doerffling (Edith), Karl Kehler (Baron), Melanie Krüger-Michaels (Baronin), Lina Carstens (Wally), Adolf Braunstein (Sennide), Edith Gärtner (Charlotte). Die Regie führt Herr Georg August Koch.

Von Weihnachtsmärchen Nischenbrödel können nur noch wenige Vorstellungen veranstaltet werden.

Schnitzers Reigen in München verboten. Wie uns unser Münchner Mitarbeiter telefonisch meldet, wurde die Aufführung von Schnitzers Reigen im Münchner Schauspielhaus verboten. Den Anlaß dazu gab ein von Patentkünstlern inszenierter Skandal, bei dem auch Stinkbomben und faule Eier geworfen wurden. Der Vorkaß kommt nicht überraschend. Der die Beziehungen zwischen der Volktheaterleitung und den Intendanten in München kennt, kann sich den Anhangung leicht erklären. Man provoziert in München durch Leute, die im Lande mit der Polizei stehen, einen Skandal, um Anlaß zu einem Verbot zu haben.





Der Kommunistenpiegel.

Die rote Fahne trägt an ihrem Kopf stolz den Hinweis: Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Und in dem Manifest, das die vereinigte kommunistische Partei im Dezember 1920 auf ihrem Gründungsparlament beschlossen hat, wird die Entstehung der kommunistischen Partei Deutschlands unter Hinweis auf Rosa Luxemburg auf die linksradikale Bewegung zurückgeführt, die vor dem Kriege in der Sozialdemokratie gegen die reformistischen Bestrebungen in der Arbeiterbewegung auftrat.

Nur nebenbei und vorweg sei bemerkt, daß es eine höchst einseitige geschichtliche Darstellung ist, Rosa Luxemburg als die alleinige Begründerin jener linksradikalen Bewegung zu bezeichnen. Richtig ist vielmehr, daß die damalige linksradikale Bewegung auch von andern Persönlichkeiten getragen worden ist. Sie stützte sich, um nur einige zu nennen, auf die Arbeiten von Mehring, Radek, Vannocci, Dr. Lensch und nicht zuletzt auf Karl Rautsky. Rautskys Broschüre: Der Weg zur Macht (erschienen 1907), ist geradezu eine theoretische Begründung der linksradikalen Bewegung. Wenn also die Entstehung der kommunistischen Partei in Deutschland auf jene linksradikale Bewegung zurückgeführt wird, so müßte man als ihren Begründer nicht nur Rosa Luxemburg, sondern auch Karl Rautsky ansprechen.

Wichtiger aber, als diese geschichtliche Feststellung ist die Tatsache, daß sich heute die Kommunisten auf Karl Marx, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht berufen, obwohl sie gar nicht daran denken, in die Gedankengänge des großen Lehrmeisters und Vorkämpfers der Revolution des Proletariats einzudringen. Nicht umsonst sagte Rosa Luxemburg ihren Parteifreunden auf dem Gründungskongreß der KPD im Dezember 1918, sie seien „geistig bequemer“, wobei sich Rosa Luxemburg sehr höflich ausdrückte. Was Rosa Luxemburg im Dezember 1918 sagte, das trifft im allgemeinen noch heute auf die Kommunisten zu. Sie loben Marx, Liebknecht und Luxemburg, aber sie lesen ihre Werke nicht, und doch ist gerade von diesen Führern des Proletariats das Wort Leisungs: „Wir wollen weniger erhoben, doch fleißiger gelesen sein.“

Aber warum sollen sich diese Kommunisten in die geistigen Anstalten tiefergehender Studien kürzen? Warum Karl Marx' und Rosa Luxemburgs theoretische Werke lesen, wo man doch in der Aktion mit einigen allgemeinen Phrasen und mit recht viel Schimpfwörtern auf die „Verräter“ das geistige Bedürfnis seiner „geistig bequemen“ Parteianhänger befriedigen kann. Wer sich die Mühe nimmt, die Reden kommunistischer Führer auf ihren sozialistischen Gehalt zu prüfen, der wird in diesen Fällen erstaunt sein über den Mangel sozialistischer Kenntnisse, der in diesen Reden hervortritt. Es ist sehr nützlich für die Arbeiter, an solchen Reden im einzelnen zu zeigen, daß solche Wortführer der Kommunisten noch nicht einmal in der Lage sind, die in sich geschlossene kommunistische Ideenwelt zu vertreten.

Ein Musterbeispiel dafür ist die Rede, die vor Weihnachten der kommunistische Abgeordnete Weimer in der sächsischen Volkstammer hielt. Weimer ist nicht irgendeiner von den kommunistischen Arbeitern, die aus der Werkstatt in das Parlament geschickt werden, er ist vielmehr kommunistischer Redakteur, also literarischer Vertreter der kommunistischen Idee. Weimer erklärte auch ausdrücklich, er spreche auch für die Galerie, er wolle die Tribüne des Landtags benutzen, um die kommunistischen Ideen den Massen zum Bewußtsein zu bringen. Das Organ für Selbstbewußtmachung der Kommunistenführer, das kommunistische Volksblatt in Halle, schrieb über diese Rede:

„Unser Genosse Weimer arbeitet in längerer Rede den großen Gesichtspunkt heraus, geistliche Macht der Beherrschenden, den totkranken kapitalistischen Korpus aufzupöppeln. Rettung kann nur die kommunistische Wirtschaftsordnung bringen unter Vernichtung des Kapitalismus; und der einzige Zweck unserer Anwesenheit hier im Parlament, den Kommunismus allen denen zu predigen, die sonst nichts von dieser Idee hören wollen.“

Wie sehen nun diese kommunistischen Ideen aus, die Herr Weimer den Massen zum Bewußtsein bringen will? Weimer sprach von der Produktionsfabrik der Unternehmer und führte dann nach dem stenographischen Protokoll wörtlich aus:

„Diese Dinge vollziehen sich nach einer Gesetzmäßigkeit, und wenn wir hier helfend eingreifen wollen, so ist es nicht damit getan, eine einzelne der Erscheinungen beseitigen zu wollen, sondern wir müssen an die Wurzel gehen und sagen: Das Geld, das da ist, muß dorthin zurück, wo es für die Produktion nutzbar gemacht werden kann, in die Betriebe; von den Banken weg, von den Börsen weg muß es hineingebacht werden in die Produktion.“

Denselben Gedanken wiederholte Weimer in folgenden Worten:

„Es ist absolut notwendig, daß die Banken, daß das gesamte Kapital der Verfügungsgewalt der Kapitalisten entzogen werden und daß das Geld dorthin gebracht wird, wo es hingehört, in die Betriebe.“

Das Geld gehört also in die Betriebe! Das ist die kommunistische Idee, die allen denen gepredigt werden soll, die sonst nichts von Kommunismus wissen wollen. Ein Vertreter des industriellen Mittelstandes hätte wirklich nicht anders reden können, als es hier ein Vertreter der Kommunisten getan hat. Unter Sozialismus versteht man im allgemeinen „die Regelung der Produktion unter Ausschaltung des Kapitals“. Herr Weimer aber predigt: Nicht Ausschaltung des Kapitals, sondern Zurückführung des Kapitals in die Betriebe! Hätte der Mann sich die Mühe genommen, Rosa Luxemburg nationalökonomische Werke zu lesen, oder hätte er auch nur oberflächlich Karl Marx gelesen, dann könnte er solchen blühenden Wahn nicht als kommunistische Ideen verpacken. Er hat aber weder Karl Marx noch Rosa Luxemburg gelesen. Dafür führt er aber den Namen von Rosa

Luxemburg um so öfter im Munde und für seine „geistig bequemen“ Parteifreunde genügt das auch.

Kommt Herr Weimer zum Kommunismus, indem er für die Versorgung der Betriebe mit Geld eintritt, so hat er auch in der Wohnungsfrage keine besondere kommunistische Idee. Er verlangt, die Villen sollten beschlagnahmt und für die Arbeiter als Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Darin unterscheidet sich der Kommunist nicht von den Unabhängigen, nicht einmal von einem ernsthaften bürgerlichen Sozialreformer. Aber Herr Weimer verknüpft mit dieser Forderung seine kommunistische Idee, die er folgendermaßen darlegt:

„Die Arbeiter, die in diesen Bauten (die beschlagnahmten Villen) wohnen, werden sich nicht scheuen, in diesen Häusern kommunistische Gemeinwesen zu gründen, ich möchte sagen, kommunistische Kelmzellen, in denen dann verschiedene Familien als Hausgemeinschaft zusammenwohnen. Diese Frage ist aber erst lösbar, wenn die Nachfrage der tatsächlichen Nationallieferung entchieden ist.“

Wir vermögen dieser kommunistischen Zellentheorie im Wohnungswesen nicht zu folgen, weil wir der Meinung sind, daß die Arbeiter, wenn sie erst einmal die „Nachfrage der tatsächlichen Nationallieferung“ gelöst haben, sich nicht damit begnügen werden, kommunistische Gemeinwesen in einzelnen Häusern, sozusagen in Miniaturausgabe zu gründen. Das kommunistische Gemeinwesen in der beschlagnahmten Villa ist nationalökonomischer und politischer Unsinn, der mit sozialistischer Erkenntnis nicht das geringste zu tun hat.

Herr Weimer redete auch über die politische Macht, er sagte sehr richtig: Der Selbsthilfe der Bourgeoisie müsse die Selbsthilfe des Proletariats gegenübergestellt werden. Dann erklärte er wörtlich:

„Es ist doch klar und durchaus nicht zu bestreiten: Die Macht liegt heute auf der Straße. Der Staat ist machtlos, und wir haben es nicht bloß einmal aus dem Munde von Ministern gehört: Ja, es ist bedauerlich, daß es so ist, wir würden es gern besser machen, aber wir können es nicht, weil wir keine Macht haben. Es handelt sich darum, wer die Macht ergreift und wer diese Macht organisieren wird.“

Auch hier wirft der Kommunist Nichtiges und Nasses bunt durcheinander. Es ist nicht wahr, daß die Macht heute auf der Straße liegt. Wer das den Arbeitern sagt, erweckt damit die Illusion, daß es nur darauf ankomme, diese Macht von der Straße aufzuheben, um sie zu besitzen. In Wirklichkeit liegt die politische Macht im Staatsapparat, in der Bureaucratie, in der Justiz, bei den Gerichten, bei der Polizei, beim Militär, in der Schule, in den Organisationen des Bürgertums und, was die Hauptsache ist: bei den Besitzern der Produktionsmittel. Man darf bei Arbeitern nicht die Illusion erwecken, daß es nur darauf ankomme, die politische Macht von der Straße aufzulösen, sondern man muß ihnen sagen: Ihr müßt um jede Position dieser Macht ringen, Brust an Brust mit der Bourgeoisie, in harten, opferreichen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen. Man muß den Arbeitern weiter sagen, daß sie diese Kämpfe nur siegreich bestehen können, wenn sie der geschlossenen Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der revolutionären Arbeiterklasse gegenüberstellen. Statt aber für diese Einheitsfront der sozialistischen Arbeiterbewegung zu wirken, wissen die Kommunisten nichts Besseres zu tun, als die Arbeiterbewegung zu zertrümmern.

Zur Bewaffnung der Arbeiterkraft gab Herr Weimer folgende Weisheit zum besten:

„Wir sagen, es ist notwendig, daß sich die Arbeiterkraft organisiert, daß sie einen klaren und eindeutigen Machtwillen hat, und wir fordern von der Regierung, die eine Arbeiterregierung ist, daß sie diese Selbstschutzhorganisation der Arbeiterkraft schafft. Es wäre doch gelacht, meine Damen und Herren, wenn die Orgel nicht schon längst in der Hand der Polizei als Angst vor einer Arbeiterkraft, die den Schießsprügel neben der Hobelbank stehen hat.“

Zunächst ein paar Bemerkungen darüber, daß Herr Weimer von der sächsischen Regierung fordert, sie solle diese Selbstschutzhorganisation der Arbeiterkraft schaffen. Das kann die sächsische Regierung gar nicht, und das weiß auch Herr Weimer, wie es jeder Kommunist wissen könnte. Herr Weimer hatte vorher selbst erklärt, er sei weit entfernt zu glauben, daß die sächsische Regierung die Verlesungserscheinungen beseitigen könne, „weil sie auf Sachsen beschränkt ist“. Aus dem gleichen Grunde kann die sächsische Regierung auch nicht die Selbstschutzhorganisation der Arbeiterkraft nach dem Vorschlag des Herrn Weimer so durchzuführen, daß sie den Arbeitern „den Schießsprügel neben die Hobelbank“ stellt. Das Militär ist eine Reichsangelegenheit. Die sächsische Regierung kann gar nicht das Militär in Sachsen abschaffen oder entfernen und an die Stelle des Militärs die primitive Bewaffnungsform der Arbeiter nach Weimers Vorschlag setzen. Die sächsische Regierung kann nur den Kampf führen gegen die illegalen militärischen Organisationen des Bürgertums, gegen die Orgel usw. Das muß die Regierung tun. Wenn sie diese Aufgabe erfüllt, so leistet sie damit schon viel im Interesse der Arbeiterklasse.

Wie steht es aber nun mit Weimers Vorschlag, den Arbeitern den Schießsprügel neben die Hobelbank zu stellen? Ganz abgesehen davon, daß diese Form der Bewaffnung der Arbeiter die allerungeeignetste wäre, könnte jeder Kommunist wissen, daß in der gegenwärtigen Lage Deutschlands auch keine kommunistische Regierung den Arbeitern den Schießsprügel an die Hobelbank stellen könnte, denn das würde den militärischen Konflikt mit der Entente bedeuten. Noch viel weniger als die deutsche kann die sächsische Regierung die kommunistische Forderung des Herrn Weimer durchzuführen. So erweist sich das, was Weimer von der sächsischen Regierung fordert, als billige Redensart, mit der wegen ihrer Einfachheit vielleicht in einer Kommunistenversammlung Eindruck zu erwecken ist, die aber sonst kein politisch orientierter Arbeiter ernst nehmen kann.

Es kommt aber noch toller! Nachdem Herr Weimer die bestimmte formulierten Forderungen an die sächsische Regierung gestellt hatte, sagte er zwei Sätze später:

„Aber weiter, meine Damen und Herren! Auch diese Frage läßt sich nicht betrachten und nicht lösen im Rahmen des sächsischen Staates und darüber hinaus des deutschen Reiches.“

Also Herr Weimer sagt: Wir fordern von der sächsischen Regierung, daß sie die Selbstschutzhorganisation der Arbeiterkraft schafft, und gleich darauf erklärt er, „diese Frage läßt sich nicht lösen im Rahmen des sächsischen Staates“. Kann die Konfusion noch größer sein?

Herr Weimer hat sicherlich geglaubt, in seiner Rede großartig die kommunistische Theorie vertreten zu haben. Aber die Theorie, die er vertrat, war in Wirklichkeit nicht kommunistisch und nicht marxistisch oder sozialistisch, sie war ganz einfach konfusionsistisch. Dabei geriet die kommunistische Theorie des Herrn Weimer mit der kommunistischen Praxis in starke Gegensatz. So lichen die Kommunisten durch den Mund des Herrn Weimer verstanden:

„Es ist ganz verkehrt, meine Damen und Herren, wenn man diesen Verlesungserscheinungen durch irgendwelche kleinen Mittelchen und Reformen zu Leibe gehen will.“

Das ist die kommunistische Theorie. In der Praxis sind aber die Kommunisten doch gescheiter, denn sie haben im Landtag den Antrag gestellt, die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, was doch schließlich auch nur ein kleines Mittelchen ist.

Herr Weimer verknüpfte auch: Dem Schieber- und Wucherer kann man nicht mit Polizei, mit Verordnungen und Gesetzen beikommen. Das ist die Theorie. Sie ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. In der Praxis handeln aber die Kommunisten nicht nach dieser Theorie, denn in allen kommunistischen Zeitungen werden jetzt die sogenannten sieben Stuttgarter Forderungen propagiert, unter denen es heißt: Schärfer Kampf gegen Schieber- und Wucherer.

Die Rede des Kommunistenführers Weimer bot außer den angeführten Beispielen noch viele Ausführungen, aus denen hervorging, daß diesem Mann der Sozialismus nicht haantief sitzt. Es wäre an sich ja ganz gleichgültig, ob die Kommunisten im sächsischen Landtage einen unfähigen Mann vorgeschickt haben oder nicht. Aber es kam ja hier überhaupt weniger auf eine Kritik des Herrn Weimer an als vielmehr darauf, den Typus der kommunistischen Wortführer zu zeichnen, unter denen Herr Weimer sicher noch lange nicht der unfähigste ist. Die Tatsache, daß solche Leute, bei denen bürgerliche und sozialistische Ideen bunt durcheinanderlaufen, Wortführer einer großen Zahl Arbeiter sein können, beweist nur, wie unklar, politisch ungeschult und innerlich ungeschult noch ein großer Teil der Arbeiterkraft ist. Im Kampfe um den Sozialismus werden aber auch diese Arbeiter noch erkennen müssen, daß der Kampf nur siegreich geführt werden kann, wenn an die Stelle der Konfusion die klare sozialistische Erkenntnis tritt, die heute vielfach nicht zu finden ist. Die Praxis des Klassenkampfes zeigt heute schon täglich, daß sowohl im politischen als auch im gewerkschaftlichen Kampfe die Kommunisten nichts anderes durchzuführen können — zum Unterschied von forbern — wie die von ihnen so gern geschmähten „Verräter“. Darin liegt die Gewähr, daß sich die für den sozialistischen Sieg notwendige Einheitsfront der revolutionären Arbeiterkraft durchsetzen wird.

Außerordentlicher Sächsischer Ortskrankenkassenlag.

Der Verband der Ortskrankenkassen im Freistaat Sachsen, e. V., hielt am Sonntag im Ausschulsaal der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Dresden eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die von 182 Kassen besetzt war, die 314 Vertreter (84 Arbeitgeber, 112 Versicherte und 118 Angestellte) entsandt hatten.

Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung: Stellungnahme zur Erhebung der doppelten Beiträge zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Berichterstatter, Geh. Regierungsrat Dr. Besser, verwies auf die kolossale Aufregung, die das Gesetz in den Kreisen der Arbeiterkraft hervorgerufen hat, versicherte jedoch, daß die Landesversicherungsanstalt vollständig überlastet worden sei. Sie sei überhaupt nicht befragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt worden, und habe von dem Gesetz amlich erfahren, als es vom Reichstag verabschiedet worden sei. Zu der vielfach angeforderten Bestimmung der Doppelerhebung der Beiträge bemerkte der Berichterstatter, daß die drückende Notlage der Arbeiter-Rentenempfänger den Wunsch, zu helfen, regen gemacht habe. Der in erster Linie dazu Verpflichtete wäre das Reich gewesen, dieses habe aber erklärt, hierzu nicht imstande zu sein. Da sei der Gedanke einer Sonderbesteuerung von Unternehmern und Versicherungsnehmern aufgetaucht, der nun im Gesetz einen Niederschlag gefunden habe. Der Redner vertat den Standpunkt, daß das Gesetz dahin auszuliegen ist, daß die Beiträge, die nach dem 21. Dezember 1920 fällig werden, in doppelter Höhe zu erheben sind, auch wenn die Versicherungsnehmer zur rückliegenden Zeitraum umfaßt. Diese Auslegung sei allerdings sehr angefochten worden, doch werde wohl eine schon in nächster Zeit zu erwartende Entscheidung des Reichsversicherungsamtes hierüber Klarheit schaffen. Wenn der Unternehmer sich weigern sollte, den doppelten Beitrag zu entrichten, so sollten sich die Kassen auf derartige nicht einlassen. Es müßte ihnen bedeutet werden, daß dann nur eine Teilzahlung vorliege, die Kasse den einfachen Beitrag nicht annehmen brauche und dann auch natürlich von einer Markenverwendung für seine Arbeiter abgesehen werden müßte. Von Zwangsmaßnahmen sollte man aber mit Rücksicht auf die noch nicht geklärte Rechtslage vorläufig noch absehen. Die Versicherungsanstalt sei jedenfalls nicht in der Lage, die Beitragsmarken zum einfachen Preise zu liefern, da sie sich Regressansprüchen seitens der Reichsversicherungsanstalt aussetzen könnte. Der Zuschlag habe den Charakter einer Sondersteuer, die lediglich bestimmt ist, die erhöhten Beiträge für die Arbeiterrentner zu decken. Was aus einem etwaigen Ueberschuß werden solle, sage das Gesetz nicht. Vielleicht würden sie den Versicherungsanstalten aufgeführt, die sie sehr gut gebrauchen könnten, da die derzeitigen Beiträge zur Deckung der Renten und Zulagen nicht ausreichen.

Direktor Uhlmann (Leipzig) bemerkte, daß den Krankenkassen über Nacht eine kolossale Arbeit erwachsen sei, die erst so recht in Erscheinung treten werde, falls das Reichsversicherungsamt eine Doppelbeitragshebung auf zurückliegende Zeit verneinen sollte. Man käme dann aus der Verwirrung, die das Gesetz angerichtet habe, nicht heraus.

Nach weiterer kurzer Debatte machte der Berichterstatter noch darauf aufmerksam, daß im Reichstag alle Parteien den Standpunkt vertreten haben, die Härten in der Uebergangszeit müßten mit in Kauf genommen werden. Es kämen doch nur wenige Wochen in Betracht, für die rückwärtig doppelt gezahlt werden müsse. Man müsse die Sache doch auch vom sozialen Gesichtspunkte auffassen. (Sehr richtig!) Sicher würden sich auch die Arbeiter nicht weigern, auf die paar zurückliegenden Wochen nachzugeben.

Das Ergebnis der Beratungen wurde vom Vorsitzenden dahin zusammengefaßt, daß der Verband Einspruch erhebt gegen eine solche überstürzte Gesetzesmacherei, die den Krankenkassen die Rolle als Steuerernehmer des Reiches zuschiebt und ihnen obendrein zumutet, die damit in Verbindung stehenden Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten mit in Kauf zu nehmen. Ungeachtet der unangenehm Sachlage sollte man aber keinen Proletenkrieg führen,

fordern den Ausgang der anhängig gemachten Rechtsverfahren abwarten.

Von besonderer Wichtigkeit war auch

### die Regelung der Angestelltenbesoldungsfrage.

Der Vorsitzende Kirchhof gab einen Überblick von dem Sachstand und schilderte die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Angestelltenorganisationen ergeben haben. Der Versuch einer einheitlichen Regelung der Besoldungsverhältnisse der Kassensachverständigen für ganz Sachsen sei noch nicht geblüht.

Dann sprach Reute vom Zentralverband der Angestellten, der sich gegen die Einstufung der Kassensachverständigen in die Besoldungsordnung wendet, weil sie ihnen grundsätzlich das Mitbestimmungsrecht nimmt und bekämpft das Bestreben der Oberversicherungsämter, das darauf hinausläufe, den Krankenkassen das Selbstverwaltungsrecht zu nehmen.

Runge (Leipzig) verteidigt den Standpunkt des Bundes Deutscher Krankenkassenbeamter. Die Besoldungsordnung müsse zur Anwendung gelangen mit Rücksicht auf die Bedeutung der Arbeiten, die jetzt die Angestellten der Krankenkassen zu erledigen hätten. In die abfällige Beurteilung der Oberversicherungsämter vermochte er nicht einzustimmen. In Leipzig sei es sehr gut gegangen.

Es folgte eine längere und ziemlich lebhaft debattierte, in der Poilander (Leipzig) dafür eintrat, den Einzelfällen die Entscheidung zu überlassen, ob sie die Tarifgemeinschaft oder die Besoldungsordnung einführen wollen. Dies hätte auch den Vorzug, daß auf diese Weise Erfahrungen gesammelt würden, die sich später für eine allgemeine Regelung der Frage verwerten ließen.

Der Vorsitzende brachte schließlich eine Entschließung ein, wonach diejenigen Kassen, deren Angestellte in der Mehrheit die Besoldung nach dem Tarif fordern und der Kassenvorstand der Forderung zustimmt, die Tarifgemeinschaft einführen, während andererseits die Kassen, deren Angestellte sich in der Mehrheit auf den Boden der Besoldungsordnung stellen, und deren Kassenvorstand zustimmt, diese einführen sollen. Die gewählte Tarifkommission wirkt bei der Durchführung der Tarifgemeinschaft den Aufgabenden des Verbandes entsprechend mit und verhandelt in diesem Sinne auch mit den Angestellten wegen Ein- bzw. Durchschiebung der Grundätze der Besoldungsordnung. Es wird der Tarifkommission aufgegeben, die nach der Tarifgemeinschaft geforderten Teuerungszuschläge in den Grenzen der Besoldungsordnung zu halten.

Bei 15 Stimmenhaltungen und einer unglückigen Stimme wurde die Entschließung mit 323 gegen 95 Stimmen angenommen.

Ueber den Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Verbandstatuten wurde die Erhöhung der Beiträge herabgesetzt. Der Verband bedarf größerer Mittel, um seine Tätigkeit ausüben und sie nötigenfalls auch noch erweitern zu können. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden einstimmig beschlossen.

Dann lagen noch verschiedene

### Anträge

vor. Der Verein für Naturheilkunde und Volksgesundheit zu Chemnitz wünschte die Erweiterung der Zulassung von Naturheilkundigen und Ärzten zur Kassensprache. Der Antrag wurde dem Vorstand zur Weiterverfolgung überwiesen.

Ein Antrag der Allgemeinen Ortskrankenkasse Oberaffalter, dahin vorstellend zu werden, daß die künftigen Gemeinden dem nächstliegenden Versicherungsamt unterstellt werden, um damit den Anschluß an die Ortskrankenkassen in den nächstliegenden Städten zu gewinnen, ging ebenfalls an den Vorstand vor. Der Vorstand, sich dieserhalb mit dem sächsischen Arbeitsministerium in Verbindung zu setzen.

Der gleiche Beschluß wurde gefaßt hinsichtlich des Antrages des Verbandes von Ortskrankenkassen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg (Sitz Aus), den Vorstand zu beauftragen, bei der obersten Verwaltungsbehörde des Freistaates Sachsen zu beantragen, daß in Sachen für den Bezirk einer Amtshauptmannschaft auf Grund der Bestimmung in § 36,1 der R. V. D. nur ein einziges Versicherungsamt eingerichtet wird.

Endlich wurde noch ein Ersuchen der Ortsgruppe Chemnitz, Reichenbach und Neugersdorf des Zentralverbandes der Angestellten, die Pensionen, Witwen- und Waisenrenten genau in derselben Weise ab 1. April 1920 zu regeln, wie es die Bestimmungen der §§ 1 und folgende des Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1920 vorsehen, dem Vorstand überwiesen zwecks Prüfung der Frage, ob für diesen Zweck Verbandsmittel zur Verfügung stehen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die kommunistischen Fraktionsredner im Bauarbeiterverband.

Seit einiger Zeit machen sich die kommunistischen Zellen auch im Bauarbeiterverband bemerkbar. Die Parolen, die grammatikalisch den Mitgliedern zum Vortrag gebracht werden, stammen allerdings nicht aus dem Geistesdasein der sich aufspielenden Führer innerhalb der Fraktion, sondern werden von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale in Empfang genommen. Der einflussreichere Beobachter der am 6. Februar stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung war, wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß die Theorie der Zellen mit der Praxis nicht in Einklang zu bringen ist. Die krampfhaften Versuche, den Kollegen Brandler als Redner zuzulassen, wurde durch namentliche Abstimmung abgelehnt, gleichzeitig fiel eine Resolution, die eine Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages verlangte, durch Mehrheitsbeschluß unter den Tisch. Ein Redner, besonders radikal veranlagt, versuchte immer wieder, seine Vergangenheit mit revolutionären Phrasen zu verschleiern. Kennzeichnend ist, daß es gerade solche Kollegen sind, die alle Ursache haben, sich nicht soweit in die vorbersten Reihen des Proletariats zu drängen. Die Arbeiterchaft sollte diesen Leuten nicht nur auf den Mund sehen, sondern auch prüfen, ob diese in der Lage sind und waren, alle ideellen und materiellen Güter der Organisation zu verwalten. Es ist notwendig, daß das illegale Exekutivkomitee der kommunistischen Fraktion in Tätigkeit tritt und die Leute ausmerzt, die in ihrer früheren Tätigkeit innerhalb anderer Organisationen wegen finanzieller Unzuverlässigkeit ausgeschlossen wurden.

Auch die Leipziger Verwaltung des Bauarbeiterverbandes mühte von diesen Sachen Kenntnis haben und frühzeitig dafür sorgen, daß diese Leute fast gestellt werden. Hoffentlich holt sie das Versäumte nach, damit größerer Schaden verhindert wird. Den Bauarbeitern aber rufen wir zu: „Die Augen auf!“

### Wagung, Tabakarbeiter!

Zwischen dem Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller G. V. und den drei Tabakarbeiterverbänden sind am 26. und 27. Januar in Eisenach folgende Vereinbarungen getroffen worden:

Ab 24. Januar 1921 hat für die Zigarrenindustrie folgendes Geltung: Die regionalen Zuschläge, die laut Bezirksstatut für Leipzig und Umgebung 75 Prozent betragen, sind ab 24. Januar 1921 auf 95 Prozent zu erhöhen. Auf diesen sich ergebenden Lohn sind ebenfalls ab 24. Januar 4 Prozent Teuerungszulage zu zahlen. (Das sind die 25 Prozent ab 1. Juni 1920 und die 15 Prozent, die ab 1. Februar 1921 gezahlt werden sollen.) Für Zeitlohnarbeiter erhöht sich ebenfalls der Grundlohn von 75 Prozent auf 95 Prozent und um weitere 5 Pfa. die Stunde ab 24. Januar 1921 und den Zuschlag vom 28. August 1920.

Beispiel: Grundlohn laut Mantelstatut bei einer Zigarre bis 10 1/2 Pfund pro Kiste 40 Mk., 75 Prozent regionaler und 20

Prozent neuer Zuschlag 38 Mk. = 78 Mk. 40 Prozent weiterer Zuschlag 31.20 Mk., Summa 109.20 Mk. Zu dieser Summe kommt noch für Koller ein Deckelzuschlag! Von den 109.20 Mk. erhält der Koller 1/2 und der Wafelmacher 1/2. Zu bemerken ist, daß dieser Lohn für die einfachste Zigarre bis 10 1/2 Pfund in Frage kommt. Von 10 1/2 - 14 1/2 usw. ist für jede weitere 2 Pfund auf den Grundlohn 1.50 Mk. zu zahlen und dann diese Zuschläge von 95 Prozent auf 40 Prozent. Beim Lohn der Abrippers, Deckelzuckerer usw. ist dieselbe Berechnung vorzunehmen, sofern dieselben nicht in Zeitlohn bezahlt werden.

Kollegen und Kolleginnen, wir ersuchen Euch, dieses zu beachten und darauf zu sehen, daß diese Löhne ab 24. Januar zur Auszahlung gelangen. Die Firmen sind durch die hiesige Zahlstelle unterrichtet worden. Besonders die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kleinbetriebe werden ersucht, sofort Meldung im Verbandsbureau, Gerberstr. 1, IV., Zimmer 48, zu erstatten, wenn sich die Fabrikanten weigern, die Zuschläge zu zahlen.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

### Zum Streik der Fensterputzer.

Im Leipziger Tageblatt vom Sonnabend, dem 5. Februar, befindet sich eine Notiz, die von der Vereinnung der Inhaber Leipziger Fensterreinigungsanstalten verfaßt wurde und in der mitgeteilt wird, daß die streikenden Fensterputzer einen Wochenlohn von 300 Mk. fordern neben besonderen Zuschlägen. Hierzu sei bemerkt, daß es richtig ist, daß die Fensterputzer eine 50prozentige Lohnaufbesserung gefordert haben, daß aber auch gleichzeitig bei den Unternehmern das Verlangen zwecks Verhandlung gestellt worden ist. Die Unternehmer haben jedoch jede Verhandlung abgelehnt und außerdem erklärt, daß sie irgendwelche Zulage nicht gewähren. Da die Putzer gegenwärtig einen Wochenlohn von 200 Mk. beziehen, von dem Steuern und Krankenkassenbeiträge abgehen, so daß ein Familienwater mit 174.20 Mk. nach Hause geht, ist es erklärlich, daß bei solchem Hungerlohn unter den heutigen Verhältnissen kein Mensch zu existieren vermag. Das wird auch von der Mehrheit der Reinigungs-Unternehmer selbst anerkannt, nur lagern sie darüber, daß die Kundschafft nichts bezahlen wollte. Wie es mit den Sonderzuschlägen bestellt ist, geht aus folgendem Beispiel hervor: Wenn ein Putzer 8 Stunden lang die gefährvolle Arbeit, das Glasdach des Hauptbahnhofs zu putzen, erledigt hat, so erhält er dann zu seinem Lohn einen Zuschlag von ganzen 2.40 Mk. Das gleiche geschieht auch bei Barretarbeiten. Wer solche schweren und gefährlichen Arbeiten nur einigermaßen beurteilen kann, der wird ohne weiteres zugeben müssen, daß dieses keine besondere Entlohnung ist, zumal noch, weil teilweise mit Säuren gearbeitet werden muß und dabei die Klebungsfäden sehr bald abgenutzt sind.

Deutscher Transportarbeiterverband, Sektionsleitung der Fensterputzer.

### Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

Die Mühlenarbeiter der Zahlstelle Leipzig nahmen den Bericht über die Landeskongress entgegen. Die dort gefaßten Beschlüsse wurden gutgeheißen. Den Arbeitgebern ist die Kündigung über die Löhne zugestimmt worden. Die Unternehmer haben beschlossen, Verhandlungen mit der Organisation abzulehnen. Sie stellen der Organisation anheim, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dieses Verhalten der Unternehmer löste eine starke Erregung aus. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Mühlenarbeiter der Zahlstelle Leipzig übermitteln dem Vorsitzenden der Landes-Lohnkommission, dem Kollegen Brödnert, folgenden Beschluß:

Die Mühlenarbeiter halten an den in der Landeskongress aufgestellten Forderungen vom 30. Dezember 1920 fest. Sie vertreten den Standpunkt, daß die Arbeitgeber auf Grund des Tarifvertrages verpflichtet sind, mit der Organisation zu verhandeln.

Löhnen die Arbeitgeber dennoch eine Verhandlung ab, so ist mit dem nötigen Druck dahinzuwirken, daß der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen wird und die Löhne zufriedenstellend regelt.

Sollte das Resultat nicht befriedigen, so haben die Mühlenarbeiter und Organisationsleiter aber auch jede Verantwortung ab. Ein Kampf dürfte dann als unvermeidlich erscheinen; denn die Löhne lassen ein nur halbwegs Auskommen nicht zu.

Die Mühlenarbeiter ersuchen, von der Landeskongress immer laufend Information, um rechtzeitig zu jeder Aktion Stellung nehmen zu können.

Hoffentlich heben die Unternehmer ihren Beschluß auf und erklären sich bereit, mit der Organisation zu verhandeln. Wir werden die Mühlenarbeiter, wenn die Notwendigkeit gegeben ist, sofort wieder zu einer weiteren Versammlung anrufen, um dort weiteres zu beschließen.

In der Versammlung wurde weiter Kritik geübt über die Landesgetreidekasse. Weiter wurde über die zurzeit stillliegenden Produktionsmühlen in den Städten Dresden, Leipzig usw. von dem Kollegen Jidler Bericht gegeben und zum Ausdruck gebracht, daß man es nicht verstehen könne, solche gut eingerichtete Mühlen dem Verfall auszuliefern.

Zur Verschmelzung eines Nahrungs-, Genuss- und Getränkeindustrieverbandes wurde berichtet, daß die örtlichen Verwaltungen der in Frage kommenden Verbände sich weiter mit der Sache befaßt haben. In nächster Zeit soll eine gemeinschaftliche Versammlung abgehalten werden. Richtlinien sollen nicht aufgestellt werden, es wurde aber darauf hingewiesen, daß Richtlinien von den Zentralleitungen kommen werden.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

### Wagung, Bauarbeiter!

Die Sperre über die Firma Stoye ist wieder aufgehoben. Der Streik der Leipziger Steinholzer ist nach 14tägiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet. Die Auszahlung ist von 13 Mk. pro Tag auf 20 Mk. erhöht worden.

Deutscher Bauarbeiterverband.

### Generalversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen die verstorbenen Kollegen der Zahlstelle Leipzig, sowie den Kollegen Happte und Genossen Leuten.

Kollege Sendig gab den Tätigkeitsbericht und schilderte den Beschäftigungsgrad unserer Berufsgenossen. Eine bessere Beseitigung der Brauereien mit Gerste und Ablieferung von Getreide würde die Notlage der Brauerei- und Mühlenarbeiter heben. Auch die Kollegen in den Brennereien, Biernebelereien, Spiritus- und Essigsäurefabriken, Obstweinsteinerien leiden sehr. Weiter wurde über die vergangenen Lohnbewegungen Bericht erstattet. Der Kassensbericht zeigte für das 4. Quartal 1920 eine Einnahme von 27.409.10 Mk. und eine Ausgabe von 21.834.31 Mk. 0074.10 Mk. wurden der Hauptkasse überwiesen. Die Lokalkasse vereinnahmte 8875.86 Mk. und verausgabte 8824.87 Mk. Die Jahresrechnung betrug 93.243 Mk., die Ausgabe 50.863.85 Mk. Die Hauptkasse erhielt 33.379.15 Mk. Die Jahresrechnung der Lokalkasse ergab 27.204.75 Mk. und die Ausgabe 15.059.88 Mk. Aufnahmen waren 101 zu verzeichnen. Die Orte Delitzsch, Wurzen und Rötha gründeten eigene Zahlstellen und wurden abgetrennt. Die Zahlstelle zählt 1080 männliche und 70 weibliche Mitglieder. Der Kollege Fischer gab den Kartellbericht. Ein Antrag des Kollegen Kleppl den Kartellbericht vierteljährlich zu geben wurde angenommen. Desgleichen ein Antrag des Kollegen Hornig, der die Kollegen verpflichtet, dem Beschluß zum Volkshaushaus nachzukommen. Die Reste sollen von den Unterhaltungen abgezogen werden.

Zur Neuwahl ging ein Antrag des Kollegen Fleischhauer ein worin dem Vorstand das Vertrauen auszusprechen und vorgeschlagen wurde, den alten Vorstand wiederzuwählen. Gegen 4 Stimmen wird diesem Antrag zugestimmt und an Stelle des aus-

scheidenden Kollegen Reich der Kollege Schilling gewählt. Als Kartelldelegierte werden Fischer und Baumann, als Kassieren Meyer, Dreher, Matthes und als Bezirksleiter die Kollegen Rupprecht, Friedrich, Nebel und Sendig gewählt. Weiter wurde der Kündigung der Löhne für die Brauereiarbeiter zugestimmt und soll diese am 1. Februar 1921 eingereicht werden.

Eine eingegangene Protestresolution, die folgenden Wortlaut hat: Die Brauereiarbeiter und anderen Berufsgruppen der Zahlstelle Leipzig nahmen in der am 25. Januar 1921 stattgefundenen Generalversammlung zu der drohenden Entziehung von Gerste für die Brauereien usw. Stellung. Sie protestierten mit aller Schärfe dagegen, weil infolge einer derartigen Maßnahme die Brauerei- und verwandten Berufsgenossen noch mehr in die Veresendung getrieben werden. Sie übermittelte diesen Protest der Hauptverwaltung mit dem Ersuchen, an die einzelnen Abgeordneten event. eine Denkschrift gelangen zu lassen und diesen nahezu legen, dieser Maßnahme nicht beizutreten. Zahlstelle Leipzig wurde einstimmig angenommen.

Das Resultat über die Urabstimmung zur Beitrags- und Unterhaltungsregelung ergab in Leipzig für die Vorlage 584, gegen die Vorlage 256, 2 Stimmen waren unglücklich. Ein Teil der Kollegen hat somit nicht gewählt. Die Kollegen wurden auf die vom Kartell angebotenen Kurse hingewiesen. Ein wichtiger Kursus über Fabrikhygiene, der für die Betriebsräte und auch für jeden anderen Kollegen sehr von Wert ist, soll stattfinden und können noch Teilnehmer aufgenommen werden und bitten wir, die Meldung sofort einzugehen. Ein Antrag auf Vergütung der Kursuskosten wurde abgelehnt.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

### Generalversammlung der Bäcker.

Am 28. Januar fand unsere sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Kollege Wille gab den Geschäftsbericht. Er behandelte die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren. Den Betriebsräten müsse mehr Unterstützung zuteil werden, damit diese allen Anforderungen gerecht werden können. Durch eifrige Mitarbeit, Aufklärung, Belehrung und geschlossenes Zusammenhalten würden auch im Bäckerberuf Erfolge zu erringen sein. Kollege Schnerz gab den Kassensbericht. Die Einnahmen betragen 250.974.56 Mk., die Ausgaben 230.857.09 Mk., der Kassensbestand betrug am 31. 12. 1920 20.616.87 Mk. In Unterhaltungen für Mitglieder wurden gezahlt 26.250.90 Mk. Der Mitgliederbestand am 31. 12. 1920 betrug 2323. Den Kartellbericht erstattete Kollege Kreye. Die Aussprache verlief äußerst sachlich. Bei der Wahl der neuen Ortsverwaltung wurde die Versammlung etwas lebhafter. Alle Kollegen mit Ausnahme von Kindermann, Müller und Frau Haserkorn wurden wiedergewählt. Neugewählt wurden die Kollegen Vogel, Eich, Seidel und Kräutlein Engel. Unter Verschiedenes forderten einige Redner die Kollegen auf, ihre Lebensbedürfnisse nicht bei dem reaktionären Unternehmertum, sondern in den Genossenschaften zu bedenken.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedchaft Leipzig.

### Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes Filiale Borsdorf.

Kollege Vanser gab den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. Kollege Philipp gab den Jahres- und Kassensbericht. Nach dem Bericht belief sich unser Mittelstand am Anfang des 1. Quartals auf 7501, am Ende des 4. Quartals auf 8815; mithin eine Zunahme von 2274 Mitgliedern. Den Kartellbericht erstattete ebenfalls Kollege Philipp. Die Vorstandswahl zur Vorstandswahl, die eine am 19. Januar 1921 stattgefundene Vertrauensleuteversammlung aufstellte wurde gegen circa 25 Stimmen angenommen. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Beschte, Philipp, Bräutigam, Sponlewski, Kretschmar und die Kollegen Leonhardt gewählt. Dann wurde ein Vorschlag der Vertrauensleute vom 19. Januar, welcher der Volkshausverwaltung einen Vorstoß von 30.000 Mk. auslieferte, einstimmig angenommen. Des weiteren wurde von den Anhängern der R. V. D. über den offenen Brief diskutiert. Eine Resolution Kleinfeld, die sich mit dem offenen Brief einverstanden erklärte, wurde abgelehnt. Dies sollte dem kleinen Grüppchen von R. V. D. Leuten zeigen, daß sie das Vertrauen der Kollegenschaft nicht genießen.

Deutscher Textilarbeiterverband.

Auf der 3. Jahresversammlung des Panamerikanischen Arbeiterbundes (Panamerican Federation of Labour) wurde nach heftigem Kampfe Samuel Compers wieder zum Präsidenten gewählt. (Frankf. Ztg.)

## Berichtsaal.

Ein neuer Fall polnischer Spionage beschäftigte den zweiten Strafsenat des Reichsgerichts. Angeklagt war der Buchhalter Richard Wjze, geboren am 9. April 1889 in Wlodek. Er ist Pole, spricht aber fließend deutsch. Bei Beginn des Krieges meldete er sich zum russischen Heere, wurde aber nicht eingezogen. Später wurde er von den Russen wegen des Verdachts, den Deutschen Nachricht gegeben zu haben, verhaftet und nach Warschau gebracht, dann aber wieder freigelassen. Schließlich stellte er sich dem Masurenkomitee in Warschau zur Verfügung. Das Reichsgericht verurteilte den Angeklagten wegen versuchter Ausspähung militärischer Geheimnisse und wegen Urkundenfälschung zu 3 Jahren 1 Monat Zuchthaus unter Anrechnung von 9 Monaten Untersuchungshaft auf die Strafe. Von den für den Angeklagten hinterlegten 5000 Mk. werden 3000 Mk. eingezogen. Der Angeklagte hat sich Ende 1919 oder Anfang 1920 nachträglich verschafft, die sich auf die Verteilung und Verschiebung der deutschen Truppen im Osten bezogen und im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten waren. Er tat dies in der Absicht, die Nachrichten zu einer das deutsche Reich schädigenden Mitteilung an andre zu verwenden. Er hat sich nach der Überzeugung des Gerichts die Nachrichten nicht nur für das Masurenkomitee verschafft, sondern er ist als Spion für die polnische Regierung tätig gewesen.

Wegen Mordes und Diebstahls ist vom Schwurgericht Potsdam am 26. Oktober v. J. der Handlungsgehilfe Anion Ludwig zum Tode und zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt worden. Er hat zu Potsdam am 8. September 1920 die Krankenschwester Agnes Steinberg ermordet und nachher aus deren Nachlaß sich eine Anzahl Schmuck- und Wertgegenstände angeeignet. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Ein Raubmörder wurde am 5. Juli v. J. vom Schwurgericht Saardrücken in der Person des Schreibers Joseph Schuchmacher aus Wöllingen zum Tode verurteilt. Er hat im Walde zwischen Karlsbrunn und Merkenbach in der Nacht zum 20. November 1918 den Kolonialwarenhändler Michel Hugel aus Wöllingen ermordet und ihm einen Geldbeutel geraubt. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

### Briefkasten der Redaktion.

H. W. Wenn nichts verzeichnet ist, kommt die gesetzliche Kündigungsfrist in Frage. Es kann von jedem Teile für den Schluß eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden. Ist also die Kündigung ordnungsgemäß erfolgt, so ist für sechs Wochen das Gehalt zu zahlen.

§. 100. Nein, dazu ist der Stiefvater nicht berechtigt. D. M. 48. Der Wirt stützt sich sicherlich darauf, daß die Leitung zur Wohnung gehört. Es müßte eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden; aber ob sie Erfolg für Sie hat, ist sehr zweifelhaft.

Vg. Witterfeld. Die Mitteldeutsche Handwerkerzeitung erscheint in Naumburg a. S. Sie werden die Nummer direkt vom Verlag bekommen.

H. A. Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zentrale Leipzig  
Bureau: Gerberstr. 1, II. Obergeschoss, Zimmer 10-12 und 13-14. Geschäftszeit: Zimmer 10-12 von 9-12 u. 4-6 Uhr, Sonntag abends von 9-11 Uhr, Zimmer 13-14 von 9-3 Uhr, Sonntag abends von 9-11 Uhr. Zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten.

Mittwoch, den 9. Februar 1921, abends 7 Uhr  
im Volkshaus (Großer Saal)

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht und Rechenschaftsrechnung derselben. 2. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung und der Revisoren. 3. Neuwahl der Bureauangehörigen. 4. Wahl eines Betriebsratssekretärs. 5. Gewerkschaftliches Mittelgeld und pünktliches Erhalten ist unbedingt Pflicht. - Mitgliedsbuch oder Arbeitslosenkarte ist vorzulegen. Ohne Ausweis kein Zutritt. Die Ortsverwaltung, Geschäftsberichte können auf dem Bureau, Zimmer 18, entnommen werden.

## Großes Winterfest.

Sonntag, den 14. Februar, in sämtlichen Räumen des Volkshauses  
Einlaß 1/2 Uhr.  
Karten sind bei den Bezirkskassierern und im Bureau zu haben. Der Festausschuß.

# Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Victoria), I. Stock, Zimmer 1-6, Tel. 1173.  
Büroausgaben: Form. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

## Zement- und Kunststeinarbeiter

Dienstag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr, Hauptversammlung bei Focke, Merseburger Straße.

## Chemische Industrie

Mittwoch, den 9. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Nebenlokal rechts Sitzung der Betriebsräte. Tagesordnung: 1. Betriebsratsmitgliedwahl in der Praxis. Referent: Kollege Krüger. 2. Stellungnahme zur Reichskonferenz der chemischen Arbeiter und Wahl eines Delegierten. Der Gruppenrat. Die Sektionsleitung.

## Papierarbeiter

Mittwoch, den 9. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, Branchen-Versammlung in den Westendhallen, Plagwitz.

## Allgemeine Funktionär-Sitzung

Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Café links. Alle Industriegruppen müssen vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

# U.S.P.O. Gross-Leipzig

Mit-Beipzig, Nordbezirk, Dienstag, 8. Febr., abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Berliner Tor, Berliner Str. 15. Tagesordnung: 1. Die Grundlagen der sozialistischen Weltanschauung. Referent: Redakteur Ernst Frenzel, Leipzig. 2. Neuwahl der Betriebsräte. 3. Bericht über die Elternräte zur 32. Volksschule. Aussprache zu den 3 Punkten. Zahlreicher Besuch ist erforderlich. Karten zum Kinderschnitztag sind noch vorrätig. Die Bezirksvertreter.

# Verband Leipziger Hausmeister.

Die Generalversammlung findet heute Montag, abends 7 1/2 Uhr, im Eldorado statt.

# Großer öffentlicher Aufklärungsvortrag

mit farbigen Lichtbildern.  
Montag, den 7. Februar, Gasthof Neustadt  
Mittwoch, den 9. Februar, Westendhallen, Plagwitz  
Donnerstag, 10. Februar, Deutsche Haus, Lindenau  
Freitag, 11. Februar, Reichsversammlung, Kleinschöcher  
Thema: „Geschlechtsverirrungen, Geschlechtskrankheiten u. deren Folgen.“  
Offene, belehrende und aufklärende Worte für Jung und Alt.  
Referent: P. Obenaus, Leipzig. Anfang 8 Uhr.  
Um freundlichen Besuch dieses wirklich interessanten Vortrags wird gebeten.

# Paul Baumann

Fischwaren-Groß-Handlung  
Tel. 14122  
Windmühlenstr. 42

# Grüne Heringe

2 Doppelwagen  
Prachtvolle blutfrische  
Pfund 1.75 M. | 3 Pfund 5.00 M.  
100 Pfund 140 M.

# Reichs-Salz-Heringe

Pfund 1.25 M. | 3 Pfund 3.50 M.  
Große Zufuhr prachtvolle grobe

# Fett-Bückinge

Pfund 5.00 M. | 20-24 M.  
Fischmarinaden u. Delikatessen in großer Auswahl.

# Abendroth, Volkmarisdorf, Rabat 52.

1a Schwelneschmalz 13.50  
1a Margarine 11.-, Würfel 11.30  
Kokosfett 13.50, R. Schwarzfleisch 13.-  
H. Talg 13.50

# Kaufe

Bruch-Gold u. Silber  
Platin = Uhren  
Silbergeräte  
Leibhausweine  
Mag Israel,  
Uhrmacherladen, \*  
Promenadenstraße 5.

# Kaufe

Fr. Glaser, Nammdorfer  
Steinweg 46, Lad.  
Telephon 1312  
H. u. D. Garberobe  
Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,  
Leibhausweine, Gold u. Silber-  
waren, ferner, nasse, nassliche  
Sämtl. gutech. Herren- und  
auch Herren- und Damen-  
Hahn, Lange Straße 10, I. u.  
II., Demmeringstr. 72, II. I.\*  
Kaufe Herren-Garderobe  
Militär-Garben, \*  
Bett- u. Leibw., Leibhausweine,  
Klin., nassliche Gasse 6, pl.  
Strobenbahn b. Battenberg  
Zederbett oder Zulett  
kauft Bayerische Str. 42, II. I.  
Möbel kauft Kappe  
Kürnbauerstr. 11.  
Nähmaschine kauft Kappe  
Kürnbauerstr. 11.  
Nähmaschine zu kaufen gef.  
Preisoff. u. H. 38 Exp. d. Pl.  
Nähmaschine, geb. a. Veld.  
a. H. Preisoff. Scharber,  
Wödd., Medienburgstr. 17, I.  
Prom.-Kinderwagen, a. Klapp-  
sportweg a. H. Preisoff. Scharber,  
Wödd., Medienburgstr. 17, I.

# Kaufe

Nach kurzem Krankenlager verschied gestern unser hochverehrter Senior-Chef, der Fabrikbesitzer  
**Herr Gottfried Körner**

Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen Chef von seltener Herzengüte, der in größter Achtung und Wertschätzung mit uns verbunden war. Viel zu früh ist seinem überaus arbeitsreichem Leben ein Ende gesetzt.

L.-Lindenau, den 5. Februar 1921.  
Das Gesamtpersonal der Fa. Gottfried Körner G. m. b. H.

# Für die mir anlässlich meines 25jährigen Geschäfts-Jubiläums

erwiesenen Aufmerksamkeiten spreche ich hiermit  
meinen verbindlichsten Dank  
aus.

# Kaufhaus Max Sachse

Leipzig-Lindenau.

# Albrechts Naturheilverfahren

Nürnbergstraße 4 - Telephon 5993.  
Nur bewährte Methoden und 25jährige Erfahrung  
Sprechzeit 10-11. Donnerstag speziell für  
Herren 4-5 Uhr nachmittags.  
Direktor Albrecht, frühere Albrechts Naturheilstation, Halle a. S.

# Familien-Nachrichten

Hierdurch allen Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß am 5. Febr. nachmittags 11 1/2 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter u. Schwägerin  
**Frau Anna Marta Schnabel geb. Werner**  
nach langem schwerem Leiden im Alter von 36 Jahren  
sanft entschlafen ist.  
In tiefer Trauer setzt dies hierdurch an  
**Alfred Schnabel**  
im Namen aller Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. Februar,  
nachmittags 12 Uhr von der Kapelle des Friedhofes  
Kleinschöcher aus statt.

Nach langem qualvollem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, das er sich im Felde zugezogen hatte, verschied am Freitag nachmittags 5 Uhr im 43. Lebensjahre mein lieber Vater, unser allzeit treuliebender Vater, Bruder und Schwiegervater, der  
**Tischler Friedrich Wilhelm Linke**  
In tiefstem Schmerz zeigen dies hierdurch an  
Brandis, den 4. Februar 1921  
**Frau Magdalene Linke geb. Rusch**  
nebst Kindern und allen Hinterbliebenen.  
Beerdigung Dienstag 1 Uhr vom Trauerhause aus

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen; heute Nacht verschied plötzlich ganz unerwartet infolge Herzschlag im Alter von 63 Jahren meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter  
**Frau Minna Albrecht**  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
L. Neuditz, Arnstädter Str. 30, III  
Die trauernden Hinterbliebenen,  
Beerdigung Dienstag, den 8. Februar, vormittags  
10 Uhr von der Kapelle des Trinitatis-Friedhofes aus

Am 4. Februar abends verschied sanft, nach längerem mit großer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 72 Jahren 7 Mon. unsere herzensgute, liebe Tochter, Schwester, Entelin, Nichte und Cousine  
**Johanna Margarete Thalheim.**  
Im bittersten Schmerz zeigt dies hierdurch an  
Leipzig, Bauhofstr. 4, IV.  
**Oswald Thalheim und Familie.**  
Einäschung findet Dienstag, den 8. Febr., vorm  
11 Uhr im Krematorium des Südfriedhofes statt.

Sonntag nachmittags 1/2 Uhr verschied schnell und unerwartet nach kurzem, schwerem Krankenlager im Krankenhaus St. Georga mein lieber, herzensguter Mann, unser guter, treuliebender Vater, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, der Gärtner  
**Georg Emil Reum**  
im noch nicht vollendeten 51. Lebensjahre.  
L. Kleinschöcher, Windorfer Str. 59, 6. Febr. 1921  
**Ida verw. Reum** nebst Kindern u. allen Hinterbl.  
Beerdigung Mittwoch 2 Uhr vom Friedhof, Kleinschöcher

Nach langem, qualvollem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, verstarb für uns viel zu früh Freitag abends 1/8 Uhr im 39. Lebensjahre mein herzensguter, treuliebender Mann, unser lieber Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder u. Onkel, der Tischler  
**Albert Wedde.**  
In tiefer Trauer  
L. Kleinschöcher, den 5. Februar 1921  
**Minna verw. Wedde geb. Röder**  
nebst Kindern und Angehörigen,  
Beerd. Dienstag, vorm. 11 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied am 4. Febr. unsere gute Mutter, Schwester, Großmutter, Schwägerin und Tante  
**Frau Auguste verw. Jänichen geb. Pohle**  
im 58. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrubt an  
Volkmarisd., Lubwigstr. 135, III. Die trauernden Hinterbl.  
Beerd. Dienstag, vorm. 11 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben treuliebenden Mannes, meines guten Vaters, Bruders und Schwagers des Dachdeckers  
**Wilhelm Brandt**  
der so plötzlich und unerwartet von uns gerufen wurde, sagen wir allen Verwandten und Bekannten besonders seinen Arbeitskollegen für die herzliche Teilnahme und die Blumenpenden unseren herzlichsten Dank.  
Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Ruhe sanft in Dein viel zu frühes Grab nach.  
Leipzig, den 3. Februar 1921.  
Frau verw. Brandt nebst Kindern und sämtliche Hinterbliebenen

Am Freitagabend verstarb nach langem Leiden unter Parteilgenossen, der Geschäftsführer  
**Karl Gehrman**  
Die Partei verliert in dem Verstorbenen einen treuen und unermüdeten Mitkämpfer. Durch seine treue Hingabe und nie rastenden Eifer für die Sache des kämpfenden Proletariats wird ihm ein dauerndes Andenken bei den Parteilgenossen gewahrt bleiben.  
Bezirksleitung der U. S. P. Leipzig  
Hauptvorstand der U. S. P. Groß-Leipzig  
Wir erlauben die Genossen, an der Bestattung  
Dienstag, nachm. 1/4 Uhr, zahlreich teilzunehmen.

Am 4. Februar verstarb nach langem schwerem Leiden unter Geschäftsführer Herr  
**Karl Gehrman**  
an der Proletarierkrankheit.  
Seit 20 Jahren fand er unserer Genossenschaft vor und hat durch seine unermüdete Arbeitskraft und seine nie versiegende Schaffensfreude wesentlich die Entwicklung der Genossenschaft gefördert. Sein mit den besten Eigenschaften ausgestattetem Weien macht uns seinen Verlust besonders schmerzhaft. Alle die ihn kannten und mit ihm für unsere Sache wirkten, werden seiner nie vergessen.  
L.-Dölitz, den 6. Februar 1921.  
Gesamtverwaltung und Personal des  
des Konsumvereins Leipzig-Dölitz u. Umg.  
Einäschung findet Dienstag, 8. Februar, nachm.  
1/4 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Tiefbewegt erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber und treuer Sangesbruder  
**Karl Gehrman**  
nach langer schwerer Krankheit von seinem qualvollen Leiden erlöst worden ist.  
Seine stets hilfsbereite und selbstlose Tätigkeit für unseren Chor während seiner fast 30jährigen Mitgliedschaft haben ihm ein dankbares und bleibendes Andenken.  
**Männerchor Lössnig-Dölitz.**

Sonntagabend folgte nach schwerem Leiden unsere gute Mutter, Frau  
**Marie verw. Teichert geb. Dietze**  
ihrem Leben vor drei Jahren im Felde gefallenem Gatten nach unermüdetem Schicksalstrait in die Weltzeit nach.  
Leipzig, den 5. Februar 1921.  
Ihre tieftrauernden Kinder  
**Erich, Althod, Irmgard und Harbort**  
nebst allen Hinterbliebenen.  
Beerdigung Mittwoch, 9. Februar, nachm. 1 Uhr,  
von der Kapelle des Südfriedhofes aus.  
Freundl. angebotene Blumenpenden bitte in der  
Beerd.-Anst. Zum Frieden, Marktballenstr. 16, abgeben.

Am Sonntagabend verschied nach kurzem Krankenlager unsere Sangeschwester, Frau  
**Marie Teichert.**  
Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.  
Die Mitglieber werden gebeten, sich zahlreich am  
letzten Geleit zu beteiligen.  
D. B.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied am 4. Febr. unsere gute Mutter, Schwester, Großmutter, Schwägerin und Tante  
**Frau Auguste verw. Jänichen geb. Pohle**  
im 58. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrubt an  
Volkmarisd., Lubwigstr. 135, III. Die trauernden Hinterbl.  
Beerd. Dienstag, vorm. 11 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben treuliebenden Mannes, meines guten Vaters, Bruders und Schwagers des Dachdeckers  
**Wilhelm Brandt**  
der so plötzlich und unerwartet von uns gerufen wurde, sagen wir allen Verwandten und Bekannten besonders seinen Arbeitskollegen für die herzliche Teilnahme und die Blumenpenden unseren herzlichsten Dank.  
Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Ruhe sanft in Dein viel zu frühes Grab nach.  
Leipzig, den 3. Februar 1921.  
Frau verw. Brandt nebst Kindern und sämtliche Hinterbliebenen



Halte von heute ab in Leipzig, Markt, Magdeburger Hof, Eutricher Str., einen Transport keine handb. Käuferpreise preisw. zum Verkauf. **Ernst Blomann.**

# Kammerjäger Wagner

wohnt Senfelfeldstr. 11, S. I.\*  
**Kaufgeuche**

# Fr. Glaser

Nammdorfer  
Steinweg 46, Lad.  
Telephon 1312

# H. u. D. Garberobe

Wäsche, Bett, Tepp., Gardin.,  
Leibhausweine, Gold u. Silber-  
waren, ferner, nasse, nassliche

# Kaufe

Sämtl. gutech. Herren- und  
auch Herren- und Damen-  
Hahn, Lange Straße 10, I. u.  
II., Demmeringstr. 72, II. I.\*

# Kaufe

Herren-Garderobe  
Militär-Garben, \*  
Bett- u. Leibw., Leibhausweine,  
Klin., nassliche Gasse 6, pl.  
Strobenbahn b. Battenberg

# Zederbett oder Zulett

kauft Bayerische Str. 42, II. I.  
Möbel kauft Kappe  
Kürnbauerstr. 11.

# Nähmaschine kauft Kappe

Kürnbauerstr. 11.  
Nähmaschine zu kaufen gef.  
Preisoff. u. H. 38 Exp. d. Pl.  
Nähmaschine, geb. a. Veld.  
a. H. Preisoff. Scharber,  
Wödd., Medienburgstr. 17, I.

# Prom.-Kinderwagen, a. Klapp-

sportweg a. H. Preisoff. Scharber,  
Wödd., Medienburgstr. 17, I.

# Kaufe

Bruch-Gold u. Silber  
Platin = Uhren  
Silbergeräte  
Leibhausweine  
Mag Israel,  
Uhrmacherladen, \*  
Promenadenstraße 5.

# Kaufe

Nach kurzem Krankenlager verschied gestern unser hochverehrter Senior-Chef, der Fabrikbesitzer  
**Herr Gottfried Körner**

Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen Chef von seltener Herzengüte, der in größter Achtung und Wertschätzung mit uns verbunden war. Viel zu früh ist seinem überaus arbeitsreichem Leben ein Ende gesetzt.

L.-Lindenau, den 5. Februar 1921.  
Das Gesamtpersonal der Fa. Gottfried Körner G. m. b. H.